

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

18. Dezember 1950

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

Blatt 2132

Kindertransporte der städtischen Erholungsfürsorge

=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 13. November von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim Spital am Semmering und die Kinder, die am 23. November in das Kindererholungsheim Eichbüchel gebracht wurden, am Mittwoch, dem 20. Dezember, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder aus Spital am Semmering um 12.30 Uhr vom Südbahnhof, Ankunftseite, und die Kinder aus Eichbüchel um 14.45 Uhr von Wien I., Rathaus, Lichtenfelsgasse, abzuholen.

Entfallende Sprechstunden

=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Am Donnerstag, dem 21. Dezember, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe IX, Wirtschaftsangelegenheiten, Bauer.

Wiener Landtag

=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Vor Beginn der Budgetberatungen trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek zu einer kurzen Sitzung zusammen, um die Neufestsetzung der Hauskehrichtabfuhrgebühren und der Wassergebühren zu beraten. Im Einlauf befand sich eine Anfrage des Abg. Dipl.Ing. Keller (parteilos), betreffend den ehemaligen Minister Dr.Krauland. Sie wurde vom Vorsitzenden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Die neuen Hauskehrrichtabfuhrgebühren

Über die "Gesetzesvorlage über die Neu festsetzung des Ausmaßes der Hauskehrrichtabfuhrgebühren" berichtete Stadtrat Resch (SPÖ). Er wies darauf hin, daß diese Gebühren seit 23. Jänner 1948 nicht mehr geregelt wurden. Inzwischen haben das 3. und 4. Lohn- und Preisabkommen sowie das Nachziehverfahren den Gebarungsabgang dieser Unternehmens weiter vergrößert. Für 1951 ist ein Gebarungsabgang von 2.5 Millionen Schilling veranschlagt. Die vorgeschlagene Erhöhung beträgt 10 Prozent, von 2.60 S je Kübel und Monat auf 2.90 S. Die Mehreinnahmen werden 1.9 Millionen ausmachen, sodaß noch immer ein Abgang von 600.000 S bleibt. Stadtrat Resch wies darauf hin, daß die Gebühr im Jahre 1937 pro Monat und Kübel 1.50 S ausmachte, seither also nicht einmal auf das Doppelte gestiegen ist.

Die Vorwürfe wegen Preiserhöhungen

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen nahm der Referent grundsätzlich zu den Vorwürfen vor allem zu denen der Kammer der gewerblichen Wirtschaft Stellung, daß die Gemeinde Wien mit den Preiserhöhungen vorgehe, während die privaten Betriebe die Preisdisziplin halten. Stadtrat Resch hielt dagegen, daß die Gemeinde nur jene Gebühren erhöht hat, die Leistungsgebühren sind, für die also eine Leistung erbracht wird. Diese Gebühren betreffen außerdem fast nie die Allgemeinheit, sondern immer nur die Leistungsempfänger. Weiter ist festzuhalten, daß die Gemeinde ihre Betriebe im Gegensatz zu den privaten nach dem Prinzip der Selbstkostendeckung führt. Es besteht daher keine Möglichkeit, Mehrkosten aus irgendwelchen Kalkulationsteilen zu decken. Natürlich gibt es noch den Weg, der von der Gemeinde immer beschritten wird: die Mehrausgaben durch gewisse Rationalisierungsmaßnahmen wettzumachen. Aber gerade dieser Betrieb hat schon vor 1934 die Rationalisierung auf die Spitze getrieben, sodaß er in der gesamten Fachwelt Europas als ein mustergültiger Betrieb angesehen wird. Schließlich gab der Referent zu bedenken, daß bei unveränderten Gebühren das Defizit aus Steuermitteln der Allgemeinheit getragen werden müßte. Stadtrat Resch lehnte jedoch diese Methode als unsozial und ungerecht ab und betonte, daß der Gemeinde aus den angeführten Gründen also kein anderer Weg übrig bleibe, als den Leistungsempfängern jene Gebühren anzurechnen, die erforderlich sind.

Selbstverständlich wird dabei Rücksicht auf soziale Momente genommen. Abschließend betonte der Referent, daß trotz der Gebührenerhöhungen die Gemeinde nur einen einzigen aktiven Betrieb hat, nämlich den Bäckereibetrieb.

Zu der Vorlage berichtete nun Stadtrat Resch weiter, daß der Entwurf den beiden Kammern vorgelegt wurde. Damals war noch eine 15prozentige Erhöhung vorgeschlagen worden. Die Arbeiterkammer hat den Entwurf gutgeheißen, jedoch eine nur 10prozentige Erhöhung empfohlen. Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft mußte die Richtigkeit der Kalkulation zugeben, riet jedoch mit der Erhöhung noch zuzuwarten, bis eine endgültige Regelung möglich wird. Auf Grund der Gutachten wurde also die Regelung mit 10 Prozent vorgeschlagen. Dadurch wird sich pro Haushalt und Monat eine Mehrbelastung von 40 Groschen ergeben. Das neue Gesetz soll ab 1. Jänner 1951 in Kraft treten.

In der Debatte sprach Abg. Dr. Soswinski (LBl.). Er bemängelte, daß den Abgeordneten zum Teil die falschen Entwürfe mit der 15 prozentigen Erhöhung vorgelegt wurden, und wendet sich in diesem Zusammenhang gegen die Art, wie die Gesetze vom Landtag beschlossen werden. Der Redner bezeichnete eine solche Behandlung als unstatthaft. Außerdem bezweifelte Dr. Soswinski die Stichhaltigkeit der angegebenen Zahlen in den Erläuterungen der Vorlage. Er stellt die Behauptung auf, daß das Defizit künstlich errechnet wurde. Dr. Soswinski spricht sich daher im Namen seiner Fraktion gegen die Vorlage aus.

Gebührenregelung ohne Linksblock angenommen

In seinem Schlußwort betont Stadtrat Resch, daß der zweite Entwurf bereits am 1. Dezember an alle Abgeordneten geschickt wurde. Er stellt weiter fest, daß die 15prozentige Erhöhung den vollen Abgang gedeckt hätte, während die jetzige Vorlage, wie schon ausgeführt, nicht den gesamten Abgang decken kann. Es stimmt also nicht, daß die Zahlen willkürlich errechnet wurden. Dies hat sogar die Kammer der gewerblichen Wirtschaft bestätigt. Stadtrat Resch ersuchte um Annahme der Vorlage.

Bei der Abstimmung wird das Gesetz in erster und zweiter Lesung ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen.

Die neuen WassergebührenNormaler Bedarf von 50 l pro Kopf wird nicht erhöht

Hierauf referierte Stadtrat Resch über die Änderung des Wasserversorgungsgesetzes 1947. Er erklärte, daß die Wasserwerke für 1951 mit einem Abgang von 24 Millionen Schilling rechnen, so daß es nicht mehr möglich ist, diesen aus Steuermitteln zu decken. Es soll daher das Hauswasser bis zu 50 l Verbrauch je Kopf und Tag unverändert 30 g pro Kubikmeter kosten, während die darüberhinausgehende Menge mit 50 g pro Kubikmeter als Wassermehrverbrauch in Rechnung gestellt werden sollen. Vor 1934 war bereits die über 35 l hinausgehende Wassermenge als Mehrverbrauch verrechnet worden, es kann daher angenommen werden, daß die Menge von 50 l ausreichend sein wird, den Hausbedarf an Trink- und Haushaltwasser vollkommen zu decken. Außerdem ist die Stadt Wien trotz der bestehenden zwei Hochquellenleitungen daran interessiert, daß mit dem Wasser gespart wird. Der Preis für besonderen Wasserbezug, also Industrierwasser, wird von 20 auf 25 g je Kubikmeter erhöht.

Die vorgeschlagene Neuregelung ist sozial gerechtfertigt, weil eine Erhöhung nur in jenen Häusern erfolgen wird, die über große hygienische Einrichtungen, vor allem Badezimmer, oder Villen mit Gärten erfolgen wird. Auch nach dieser Tarifierhöhung werden die Wassergebühren der Stadt Wien die billigsten aller österreichischen Städte sein.

Abg. Hausner (LBl.) bedauert, daß auch beim Wasserbezug der Grundsatz der Selbstkostendeckung angewendet wird. Es waren hier nicht so sehr soziale Bedenken maßgebend, als vielmehr taktische Erwägungen, weil nach dem 4. Lohn- und Preisabkommen die Gemeinde auf allen Gebieten ihrer Leistungen die Lasten auf die Wiener Bevölkerung überwältzt hat. Die Erhöhung ist daher weder gerecht noch sozial. Redner verweist darauf, daß nach der Bäderpreiserhöhung sofort ein allgemeiner Rückgang bei der Benützung der Bäder eingetreten ist und erklärt, daß es nicht im Interesse der Bevölkerung gelegen sei, wenn sie den Wasserkonsum einschränken müsse. Seine Fraktion lehne diese Vorlage ab.

Stadtrat Resch erklärt in seinem Schlußwort, der Redner verwechsle gerecht mit dem, was propagandistisch wirkungsvoll ist. Er stellt fest, daß die Bäderpreiserhöhung keinen Rückgang des Besuches mit sich gebracht habe und daß der unnötige Wassermehr-

verbrauch einzelner nicht im Interesse der Bevölkerung gelegen sei, da sonst eine dritte Hochquellenleitung gebaut werden müßte. Er bittet nochmals um Annahme des Gesetzentwurfes.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage angenommen.

Damit ist die Landtagssitzung beendet.

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1951
=====

Beginn der Budgetverhandlungen im Rathaus

18. Dezember (Rath.Korr.) Im Anschluß an die Sitzung des Wiener Landtages trat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr.h.c. Körner der Gemeinderat zusammen.

Die Gemeinderätin Burian (WdU) und Genossen haben einen Antrag auf Aufhebung der die leiblichen Kinder weiblicher Angestellter benachteiligenden Bestimmungen des § 49 der Dienstordnung für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien eingebracht. Der Antrag wurde dem Gemeinderatsausschuß I zur Behandlung zugewiesen.

Ein weiterer Antrag des GR. Wicha (WdU) betrifft den Betrieb der Straßenbahnlinie D. Der Antrag wurde dem Gemeinderatsausschuß XI zugewiesen.

Ein Antrag der GRe. Ing. Pirker (WdU) und Genossen beinhaltet die Auflösung der Prater-Betriebs-Gesellschaft m.b.H. Der Antrag wurde dem Magistrat zur Behandlung zugewiesen.

Die Verhandlungen über den Voranschlag der Stadt Wien für das Jahr 1951 leitete der städtische Finanzreferent Stadtrat Resch (SPÖ) ein.

Wie er eingangs ausführte, wurde die Aufstellung des Voranschlages für das Jahr 1951 durch das vierte Lohn- und Preisabkommen, das eine völlige Umarbeitung des Budgets notwendig machte, und durch den späten Abschluß der Verhandlungen über den Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hinausgezogen. Dafür, daß diese Verzögerung sich nur geringfügig auswirkte, gebührt allen an der Aufstellung des Voranschlages beteiligten Beamten der Dank. Mit dem Voranschlag werden die Richtlinien festgelegt, nach denen die Verwaltung der Gemeinde im kommenden Jahr geführt werden soll, wie den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung nachgekommen werden kann und welchen Beitrag die Gemeinde zum Wiederaufbau und zur Entwicklung unserer Stadt leisten kann.

Die Größe der Zahlen, es wurde bereits ein 2 Milliarden-Budget erreicht, darf nicht zu dem falschen Schluss führen, daß die Leistungen in dem Maße ansteigen, als es die Zahlen ausdrücken. Das stete Ansteigen der Preise und Löhne seit 1945 - die Folge des Abbaues der staatlichen Preissubventionen und der Angleichung der Inlandspreise an die der Weltmärkte und damit die Anpassung des Schillingwertes an seine wirkliche Kaufkraft waren wirtschaftlich unvermeidlich - ergibt höhere Ausgabensummen und zu deren Deckung sind wieder höhere Einnahmen notwendig. Dieses Gleichgewicht im Gemeindehaushalt herzustellen, ist auch eine der jährlichen Aufgaben des Gemeinderates, die er bei der Beratung des Budgets zu erfüllen hat.

Die nennenswerten Preissenkungen auf vielen Gebieten der Wirtschaft, die sich zu Anfang des Jahres 1950 zeigten und sich insbesondere bei der Wohnbautätigkeit günstig auswirkten, wurden durch den Koreakonflikt und die dadurch verursachten Preissteigerungen auf den Weltmärkten leider zunichte. Für Österreich kamen diese Ereignisse besonders ungelegen. Es waren auch bereits Bemühungen unternommen worden, um die zurückgebliebenen Preise einiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse dem allgemeinen Preisstande anzupassen und gleichzeitig wieder einige Preisstützungen, die bisher dank ausländischer Hilfe möglich waren, abzubauen. Hatte der Preisrückgang des ersten Halbjahres 1950 weiter angehalten, wäre es vielleicht gelungen, einen Weg zu finden, um die eben erwähnten Maßnahmen ohne besondere Schwierigkeiten durchzuführen. So aber fielen diese Maßnahmen, die für sich allein die Lebenshaltung verteuern mußten und daher Löhnenhöhungen notwendig machten, in eine Zeit, da die Preise auf allen Weltmärkten jäh emporstiegen. Das Zusammentreffen dieser Umstände führte zu ganz außerordentlichen Schwierigkeiten und um ihnen zu begegnen wurde das 4. Lohnabkommen getroffen. Der Gemeinde wurden durch dieses Abkommen neue und schwere Lasten aufgebürdet, die im Personal- und Sachaufwand allein auf mindestens 180 Millionen

Schilling jährlich zu schätzen sind. So unerwünscht und unheilvoll die internationale Entwicklung für die Welt und auch für uns ist, zeigt die Rüstungskonjunktur für Österreich und für unsere Stadt auch günstige Auswirkungen. Die starke Nachfrage nach Waren auf allen ausländischen Märkten bringt auch der Wirtschaft unserer Stadt stärkere Beschäftigung und durch das Ansteigen unseres Außenhandels zusätzliche Devisen und erleichtert damit die Einfuhr von Waren, die für unsere Wirtschaft wichtig sind.

Gemeinde Wien sorgt für Vollbeschäftigung

Stadtrat Resch unterstrich nachdrücklich, daß die Gemeindeverwaltung in starkem Maße dazu beigetragen hat, die Wirtschaft unserer Stadt vollzubeschäftigen, wodurch mehr Arbeiter und Angestellte Arbeit gefunden haben als in den Vorjahren. So wurde im Jahre 1950 nicht nur das vom Gemeinderat im Voranschlag beschlossene große Arbeitsprogramm auf fast allen Gebieten restlos erfüllt, sondern im Laufe des Jahres zwei zusätzliche Arbeitsprogramme entworfen, um noch mehr Arbeit zu schaffen und die im Winter saisonbedingt ansteigende Arbeitslosigkeit zu vermindern. Mit dem ersten Zusatzprogramm wurde der Bau von zusätzlich 1.000 Kleinwohnungen, große Straßenbauten, große Erhaltungsarbeiten an den Schulen, Spitälern und städtischen Wohnhäusern und viele andere zusätzliche Arbeiten aufgenommen. Das zweite Programm umfaßt vor allem Mehrleistungen auf unseren Wohnhausbauten, um noch vor Einbruch des Winters **bei möglichst vielen Baustellen** unter Dach zu kommen und damit die Fortsetzung der Arbeiten in diesen Bauten auch während der kalten Jahreszeit möglich zu machen. Wenn uns von der Opposition dieses Hauses immer vorgehalten wird, daß wir trotzdem nicht imstande seien, ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit in unserer Stadt zu verhindern, so möchte ich dem Gemeinderat doch einmal an der Hand von Ziffern zeigen, worin diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkte ihre wirkliche Ursache hat.

Es ist richtig, daß die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in Wien heuer im Durchschnitt um ungefähr 10.000 größer ist als im Jahre 1949. So hatten wir zum Beispiel im September 1949 - 33.000 und im September 1950 43.000 gemeldete Arbeitslose, also um 10.000 mehr. Während im gesamten Bundesgebiet die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen vom September 1950 bis zum Oktober 1950, also im Verlaufe eines Monats von 88.000 auf 91.000 gestiegen ist, ist in der gleichen Zeit die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen in Wien von 43.600 auf 42.300, also um 1.300 gesunken. Während also im ganzen Bundesgebiet die Arbeitslosigkeit um 3.000 Arbeitslose zugenommen hat, ist sie in Wien in der gleichen Periode um 1.300 gefallen. (Beifall) Ich glaube nicht unbescheiden zu sein, so fuhr Stadtrat Resch fort, wenn ich wenigstens einen Teil dieses Erfolges auf das Sommerzusatzprogramm der Gemeinde buche.

Der Finanzreferent kam dann auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Wien seit 1949 zurück. Die Arbeitslosenzahl ist also heuer im Durchschnitt um rund 10.000 höher als im Jahre 1949. Wie aber hat sich in der gleichen Zeit die Zahl der in Wien beschäftigten Arbeiter und Angestellten entwickelt? Stadtrat Resch nahm hier zum Vergleich absichtlich die Ziffern der Wiener Gebietskrankenkasse, die nur die der privaten Wirtschaft beschäftigten Arbeiter und Angestellten ohne die öffentlichen Bediensteten umfaßt. Im September 1949 hatte die Wiener Gebietskrankenkasse einen Stand von 535.000 krankenversicherten Arbeitern und Angestellten. Im September 1950 ist diese Zahl auf 536.000 gestiegen. In dem gleichen Zeitabschnitt also, in dem die Zahl der Arbeitslosen um 10.000 gestiegen ist, ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter nicht gesunken, sondern auch um 1.000 Beschäftigte angestiegen. Es muß also in der Zeit vom September 1949 bis September 1950, also im Verlaufe eines Jahres, das Angebot von Arbeitskräften in Wien um 11.000 größer geworden sein. Hiefür gibt es nur drei Erklärungen; und zwar ein Zurückströmen von Menschen zu normalen Berufen, die sich bis vor kurzem ihr Geld auf andere Art leichter verdienen konnten, zweitens ein Mehrangebot von neuen einheimischen Arbeitskräften, insbesondere von Frauen, die wegen des verlockenden Warenangebotes nun auch versuchen wollen, einen zusätzlichen Verdienst zu finden und drittens, und das scheint die Hauptursache zu sein, die noch immer nicht versiegende Zuwanderung

von Arbeitskräften aus unseren Nachbarstaaten und aus den ländlichen Gebieten Österreichs. Hier mag die Konjunktur im Baugewerbe in Wien einen besonderen Anreiz auf die Land- und Fremdarbeiter ausüben und damit die Beschäftigungsmöglichkeiten für unsere eigenen Arbeiter schmälern. Ich will nicht einem Inlandsarbeiterschutzgesetz das Wort reden, ich will nur aufzeigen, daß diese Entwicklung eine gewisse Gefahr für die Arbeiter und Angestellten dieser Stadt ist, wenn heute oder morgen die Baukonjunktur zurückgeht und wir nicht imstande sein werden, die zugewanderten Land- und Fremdarbeiter wieder zur Rückkehr in ihre Heimatorte zu bewegen. Sollen die Arbeiter und Angestellten Wiens eine dauernde Beschäftigung finden, dann muß jede künstliche Aufblähung unserer Bauwirtschaft und der damit verbundene Zuzug von fremden Arbeitern vermieden werden.

Stadtrat Resch stellte dann auch noch einen Vergleich der jetzt und der im letzten Friedensjahr 1937 in der privaten Wirtschaft Wiens beschäftigten Arbeiter und Angestellten an. Im September 1950 waren 536.000 Arbeiter und Angestellte, ohne öffentliche Bedienstete, in Wien krankenversichert. Im Jahre 1937 waren dagegen in Wien nur 377.000 Arbeiter und Angestellte krankenversichert, also fast um 160.000 weniger als heute. Nun ist das Wien von heute zwar räumlich größer als das Wien von 1937, aber die Bevölkerungsziffern waren 1937 höher als jetzt. Damals hatte Wien 1,870.000 Einwohner, heute hat Groß-Wien nur 1,760.000 Bewohner. Man müßte also annehmen, daß mit dem Sinken der Zahl der Einwohner auch die Zahl der in der Wirtschaft beschäftigten Arbeiter und Angestellten gesunken ist. Nun beschäftigt Wien im Gegenteil im Jahre 1950 um 159.000, d. s. um 42 % mehr Arbeiter und Angestellte als im Jahre 1937. Das drückt sich natürlich vor allem in der Verminderung der Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen aus. Während im September 1937 fast 147.000 Stellensuchende in Wien vorgemerkt waren, beträgt diese Zahl im September 1950 43.000. Also mehr als 100.000 Arbeitslose konnten eine Beschäftigung erhalten und darüber hinaus sind noch mehr als 50.000 Menschen beschäftigt, die entweder früher nicht in Arbeit standen, vor allem wohl Frauen, oder nicht in Wien waren. Auch hier zeigt sich wieder, daß das Problem der Arbeitslosen in Wien ein Problem der Frauenbeschäftigung und der Zuwanderung

von Arbeitern und Angestellten nach Wien ist.

Untersucht man die Zunahme bei den einzelnen Beschäftigten-
gruppen, so ergibt sich bei den Arbeitern seit 1937 eine Zunahme
um 147.000 Beschäftigte, also um volle 70 %. Bei den Angestellten
beträgt die Zunahme 36.000 Beschäftigte oder 30 %, bei der Gruppe
der Hausbesorger 5.000 oder 25 % und nur bei den Hausgehilfen
zeigt sich eine Abnahme um 27.000 Beschäftigte oder um 63 %. Die
Hauptzunahme der Beschäftigten ergibt sich also bei den manuellen
Arbeitern und auch hier kann man wohl ohne Überheblichkeit sagen,
daß die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Gemeinde Wien einen star-
ken Anteil an der Mehrbeschäftigung von fast 160.000 Menschen in
Wien haben. Schafft die Gemeinde Arbeit, so fördert sie die Wirt-
schaft unserer Stadt und ermöglicht die Beschäftigung von mehr
Arbeitern und Angestellten. Wir werden daher auch in Zukunft an
den Grundsatz festhalten müssen, einen möglichst großen Teil un-
serer Einnahmen für Zwecke der Arbeitsbeschaffung auszugeben.
Das setzt voraus, daß wir alles unternehmen, um die Verwaltung zu
vereinfachen und damit den Verwaltungsaufwand so niedrig als nur
möglich zu halten, und es setzt weiters voraus, daß die Einnahmen
der Gemeinde nicht gekürzt und daß ihr nicht neue Lasten aufge-
bürdet werden, die nicht durch entsprechende Mehreinnahmen ge-
deckt sind.

Vor Eingang in die Erläuterung der einzelnen Budgetposten
weist der Referent darauf hin, daß heuer erstmals die Ertragsan-
teile, die die Gemeinde aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben
bekommt, im Voranschlag netto dargestellt werden, also schon ab-
züglich des sogenannten Bundespräzipuums.

Die Gesamteinnahmen und -ausgaben

Nach Abzug des Bundespräzipuums von 133 Millionen Schilling
ergeben sich im Voranschlag 1951 Gesamteinnahmen in der Höhe von
1.888 Millionen Schilling, das sind um 370 Millionen oder 24.4
Prozent mehr als 1950.

Die Gesamtausgaben für 1951 im ordentlichen und außerordent-
lichen Budget werden mit 2.019 Millionen Schilling angenommen,
das sind um 415 Millionen Schilling oder 25.9 Prozent mehr als
1950.

Der Abgang wird daher im kommenden Jahr 131 Millionen Schil-

ling betragen und damit um 45 Millionen höher sein als 1950.

Die Bedeckung soll nach Möglichkeit aus Mehreinnahmen erfolgen; sollte dies nicht möglich sein, soll die Bedeckung durch Minderausgaben hergestellt werden.

Woher nimmt die Gemeinde ihre Einnahmen?

Nach Abzug nicht reeller Einnahmen, also bloß buchmäßiger Bewertungen, werden die Gemeindeabgaben im kommenden Jahr 602 Millionen Schilling, also rund ein Drittel der Einnahmen, ausmachen; die Ertragsanteile - einschließlich 3 Millionen Schilling aus dem Kultur Groschen - werden 618 Millionen oder 36.9 Prozent der Einnahmen betragen - erstmals mehr als die Gemeindeabgaben - und die Tarife, Gebühren und sonstigen Einnahmen werden mit 454 Millionen oder 27.1 Prozent der Einnahmen präliminiert.

Die Entwicklung dieser Einnahmensäulen seit 1949 ergibt folgendes Bild: Die Gemeindeabgaben haben 1949 einen Ertrag von 553 Millionen gebracht; für 1951 wird ihr Ertrag mit 49 Millionen höher veranschlagt, was einer Steigerung um 8.8 Prozent entspricht. Die Ertragsanteile erbrachten 1949 effektiv 500 Millionen. Im kommenden Jahr sollen sie um 118 Millionen oder um 23.6 Prozent höher sein als 1949. Die Tarife, Gebühren und sonstigen Einnahmen haben 1949 369 Millionen eingebracht; ihr Ertrag für 1951 ist mit 454 Millionen um 85 Millionen oder um 23 Prozent höher als 1949. •

Diese Entwicklung zeigt, daß die Gemeindeabgaben offenbar bereits ihre optimale Höchstgrenze erreicht haben und bei Aufrechterhaltung des Schillingwertes keine nennenswerte Steigerung mehr zu erwarten ist.

Die Steigerung der Erträge der Gemeindeabgaben von 512 Millionen im Jahre 1950 auf 602 Millionen im Jahre 1951 setzt sich wie folgt zusammen: Die Gewerbesteuer soll 1951 280 Millionen, das sind 60 Millionen mehr als im Vorjahr, einbringen; die Lohnsummensteuer soll um 15 Millionen mehr einbringen, also insgesamt 85 Millionen; die Gebrauchsgebühren sollen sich von 20 auf 26 Millionen erhöhen, während Grundsteuer, Vergnügungssteuer, Ankündigungsabgabe und sonstige Abgaben im wesentlichen unverändert bleiben sollen.

Eine einzige Steuer ist bereits rückgängig, und zwar die Getränkesteuer, die mit nur mehr 40 Millionen - gegenüber 45 Millionen für 1950 - präliminiert ist. Die Ursache dieses Absinkens ist in den niedrigen Weinpreisen zu suchen, die auch das Erträgnis der Getränkesteuer herabdrücken.

Die Ertragsanteile werden mit 614.9 Millionen Schilling um 156.4 Millionen höher als 1950 sein.

Das Ergebnis der Finanzausgleichsverhandlungen

Der Referent weist darauf hin, daß es bei den Verhandlungen über die Abgabenteilung für 1951 gelungen sei, alle Forderungen des Bundes auf Verminderung der Ertragsanteile der Gemeinden und Länder - auch der Gemeinde Wien - abzuwehren. Der Bund habe zunächst eine 50prozentige Übernahme des Pflichtschulpersonalaufwandes durch die Länder gefordert, von Wien außerdem noch ein Bundespräzipium von 50 Millionen. Außerdem sollte der Polizeikostenbeitrag neben anderen kleineren Forderungen auf das Dreifache erhöht werden.

Nachdem dieser Vorschlag nirgends Anklang gefunden hatte, erfolgte ein zweiter Vorschlag von Seiten des Bundes, der nur mehr eine Übernahme von 30 Prozent des Pflichtschulpersonalaufwandes vorsah, dafür sollte der Anteil der Gemeinden an der Lohnabzug-, Einkommen- und Kapitalertragsteuer von 20 auf 10 Prozent herabgesetzt werden. Für jene Städte, die Bundespolizei haben, sollte der Polizeikostenbeitrag weiterhin mit dem Dreifachen festgesetzt werden.

Bei den darauffolgenden Verhandlungen gelang es vor allem, unvorhergesehene Belastungen abzuwehren, indem - wie bei den Notopfern der Jahre 1949/50 - ein fixer Betrag vereinbart wurde. Es wurde dem Bund von den Ländern und Gemeinden ein Präzipium von 400 Millionen, das sind 50 Millionen mehr als im Vorjahr, zugestanden; von dieser Steigerung entfallen auf Wien 18 Millionen, dessen Gesamtbelastung hiemit von 115 auf 133 Millionen gestiegen ist.

Bei den Verhandlungen über den Personalaufwand der Pflichtschullehrer hatte es der Finanzminister als unerträglich bezeichnet, daß dieser Aufwand zur Gänze vom Bund getragen werden muß, während die Diensthoheit über die Lehrer den Ländern zukommt. Hier kam man zu einer Vereinbarung, die dem Bund eine

Garantie bietet, daß der Personalaufwand der Pflichtschulen von den Ländern nicht übermäßig hinaufgetrieben wird. Für je 30 Schüler an Volksschulen, für je 20 Schüler der Hauptschulen und je 15 Schüler der Sonderschulen ist ein Lehrer vom Bunde zu bezahlen. Jeder Mehraufwand hingegen ist zur Gänze von den Ländern zu tragen. Hinsichtlich der Pensionierung von Lehrpersonen wurde vereinbart, daß der Pensionsaufwand nur für jene Lehrer vom Bunde getragen wird, die dienstunfähig geworden sind oder das 65. Lebensjahr erreicht haben.

Da Wien den größten Lehrerstand auf den Kopf der Schüler gerechnet hat, wird für die Bundeshauptstadt der Mehraufwand für diese Regelung, die am 1. September 1951 in Kraft tritt, für die Monate September bis Dezember 1951 3.5 Millionen Schilling betragen.

Es müsse betont werden - erklärt der Referent - daß Wien bei den Abgabenteilungsverhandlungen wieder schwere Opfer auf sich genommen hat, im Interesse des Bundes, aber auch im Interesse der Aufrechterhaltung der Stabilität unserer Währung und im Interesse der gesamten Wirtschaft.

Gebühren und Tarife

Die Gebühren und Tarife haben 365 Millionen im Jahre 1950 ausgemacht und werden 1951 auf 454 Millionen Schilling steigen. Dies ist zurückzuführen auf erhöhte Einnahmen bei den Verpflegskosten und bei den verschiedenen Betrieben der Hoheitsverwaltung; dabei sind die heute beschlossenen Erhöhungen der Wasser- und Koloniagebühren noch nicht eingerechnet. Weiter sind erhöhte Einnahmen durch höhere Pensionsbeiträge und Einnahmen in den Anstalten der Wohlfahrtspflege, in der Wohnhäuserverwaltung und bei den Markt- und Schlachthofgebühren zu verzeichnen.

Bis 1953: Wiederaufbau der städtischen Wohnhäuser abgeschlossen

Die außerordentlichen Einnahmen haben 54,9 Millionen Schilling im Jahre 1950 betragen und werden 51,4 Millionen im Jahre 1951 ausmachen, also um 3,5 Millionen weniger. Hier ist die Haupteinnahme wie immer der Beitrag aus den Mitteln des Wiederaufbaufonds und zwar 49 Millionen Schilling. Stadtrat Resch kam dann auf das neue Besetz über die Beschaffung von Mitteln für den Wiederaufbaufonds zu sprechen und bezeichnete diese Neuregelung als einen Wendepunkt in der Wiederaufbaupolitik nicht nur in Österreich, sondern auch in Wien selbst. Bekanntlich ist der Wiederaufbau der kriegszerstörten Wohnhäuser Bundessache. Bisher hat die Gemeinde Wien aus Fondsmitteln nur wenig erhalten. Bewilligt wurden seit 1. Juli 1948 bis jetzt 53 Mill., tatsächlich ausbezahlt jedoch

nur 13 Millionen. Die Kosten für die Behebung der noch vorhandenen Kriegsschäden werden jedoch nach Schätzungen des Stadtbauamtes mit 100 bis 120 Millionen angegeben.

Die Bevölkerung hat bisher nicht verstanden, warum nicht statt dem Neubau mit viel geringeren Mitteln der Wiederaufbau vollzogen wird. Die Gemeinde Wien mußte jedoch so wie alle anderen Gemeinden darauf bestehen, daß der Bund seine Aufgabe, die kriegsbeschädigten Wohnhäuser wieder aufzubauen, auch erfüllt. Denn hätte die Stadt Wien den Wiederaufbau aus Gemeindemitteln durchgeführt, dann würden diese Millionen bei allen anderen Aufgaben fehlen. Stadtrat Resch weist auch darauf hin, daß die Fondsgelder fast zur Hälfte aus Wien kommen und nicht zugegeben werden kann, daß Wiener Steuergelder nur in anderen Ländern Verwendung finden.

Dem Fonds werden also ab 1951 wesentlich größere Mittel als bisher zur Verfügung stehen. Es werden mindestens 300 bis 350 Millionen Schilling sein. Der Referent gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß alle Parteien des Hauses zusammenwirken werden, wenn es gilt, einen möglichst großen Teil dieser Fondsmittel für Wien zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Resch erläutert auch die Möglichkeiten der Vorfinanzierung, von deren Wien Gebrauch machen wird. 1951, 1952 und 1953 kann der Fonds je 100 Millionen Kredit von Wiederaufbauwerbern aufnehmen, den er gegen eine 3%ige Verzinsung innerhalb von 10 Jahren zurückzahlen muß. Die Stadt wird also dem Bund aus Gemeindemitteln Kredit für den Wiederaufbau von städtischen Wohnhäusern geben. Damit wird es vielleicht möglich sein, den Wiederaufbau bis Ende 1953 zur Gänze durchzuführen. (Beifall).

Keine neuen Steuern...

Stadtrat Resch gab die Versicherung, daß keine neuen Steuern oder Steuererhöhungen eintreten werden, falls nicht der Gemeinde neue Lasten zugemutet werden. Die einzigen Ausnahmen sind vielleicht eine Erhöhung der Hundesteuer bei Luxushunden oder dort, wo mehrere Hunde gehalten werden, da dies aus den verschiedensten Bevölkerungskreisen immer wieder vorgeschlagen wird. Ferner ist auch daran gedacht, bei unterbelegtem Wohnraum im Interesse der Wohnungslosen, jedoch nicht aus fiskalischen Gründen eine Steuer einzuführen, durch die zumindest eine Milderung der Wohnungsnot möglich sein wird.

...aber auch keine Steuerermäßigungen

Hingegen wird es auch keine Steuerermäßigungen geben, obwohl in dieser Hinsicht an die Gemeinde die verschiedensten Forderungen gestellt werden. Sie betreffen aber durchwegs Steuern, die nicht den notwendigen Lebensaufwand der Bevölkerung besteuern oder wie die Getränkesteuer nicht vom Gewerbe, sondern vom Konsumenten getragen werden.

In England bis 95 Prozent Einkommensteuer

Stadtrat Resch empfiehlt in diesem Zusammenhang den Rufen nach Steuerermäßigungen sich anzusehen, was in anderen Staaten der Welt von der gewerblichen Wirtschaft an Steuern gefordert und widerpruchslos getragen wird. In Amerika gibt es eine Einkommensteuer bis zu 85 %, in England sogar bis zu 95 %. Vor kurzem wurde in Amerika eine 75 %ige Übergewinnsteuer angenommen, die 4 Milliarden Dollar bringen wird. Stadtrat Resch schlägt den Vertretern der gewerblichen Wirtschaft die gleiche patriotische Haltung vor, die wir in anderen Ländern bewundern können.

In diesem Zusammenhang beschäftigt sich der Referent auch mit der Forderung der Wirtschaft nach einer Gewerbesteuerreform. Er gibt zu, daß die Gewerbesteuer reformbedürftig ist. Eine Neuregelung ist jedoch äußerst schwierig, weil eine Ermäßigung bei den kleinen Gewerbetreibenden auch eine Ermäßigung bei den großen Einkommen bewirken würde. Eine Reform kommt aber nur in Frage, wenn die Ermäßigung bei den unteren Schichten, durch die höheren wieder hereingebracht wird. (Beifall bei der SPÖ).

Sicherung der Vollbeschäftigung

Der Referent betont, daß die Gewerbesteuer das Rückgrat für alle Industriegemeinden bedeutet und daß die Demokratie nur gehalten werden kann, wenn die Vollbeschäftigung der Arbeiter und Angestellten gesichert ist. Wenn jedoch die Gemeinden in den Einnahmen gedrückt werden, wird dies nicht möglich sein. Wir haben vor 1934 gesehen, was die Deflationspolitik auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes und der Beschäftigung der Wirtschaft angerichtet hat. Die Gelder, die durch die Gewerbesteuer eingenommen werden, gehen ja an die Wirtschaft zurück, beleben sie und erzielen so Vollbeschäftigung in Industrie und Gewerbe. (Beifall bei der SPÖ).

Schillingeröffnungsbilanz verfrüht

Die Forderung nach einer Schillingeröffnungsbilanz, die aus Wirtschaftskreisen immer wieder gestellt wird, weist Stadtrat Resch zurück. Der Zeitpunkt dafür ist noch nicht gekommen, weil die Anlagewerte noch nicht stabil sind. Die Schillingeröffnungsbilanz trifft auch die Gemeinden viel schärfer als den Bund. Während der Bund dadurch 50 % der Gewerbesteuer verlieren würde, müßte die Gemeinde auch noch 100 % bei der Gewerbesteuer einbüßen. Es gebe auch keine Möglichkeit, diesen Verlust wieder hereinzubringen.

Die Ausgaben

Gesamtpersonalaufwand

Der Gesamtpersonalaufwand steigt von 503 Millionen im Jahre 1950 auf 630.6 Millionen, also um 25.4 Prozent. Die Ursachen liegen im Nachziehverfahren, im 4. Lohn- und Preisabkommen und der von der Gewerkschaft durchgesetzten Forderung, daß alle Zulagen den Lohnerhöhungen angepaßt werden müßten; schließlich darin, daß durch die Automatik im Pensionsaufwand dieser um fast ein Drittel gestiegen ist. Die Personaltangente, also der Anteil des Personalaufwandes am Gesamtaufwand, würde sich beim Nettovergleich auf 33.7 Prozent stellen, bei gleicher Berechnung wie im Vorjahr jedoch ungefähr gleich bleiben.

Durchschnittsgehalt

Das Durchschnittsgehalt beträgt - ohne Zulagen und Überstunden, auf 12 Monate berechnet - 1.068 S brutto; der Mindestbezug einer ledigen Angestellten der niedersten Besoldungsgruppe 758 S.

Der Personalstand

37.239 Angestellten im Jahre 1950 stehen 36.991 Angestellte im Jahre 1951 gegenüber. Eine größere Verringerung als die um 248 Angestellte war nicht möglich, weil die Auflösung des Wirtschaftsamt, des Ernährungsamt, der Karten- und Registrierstellen abgeschlossen ist. Der freiwillige Personalabbau hat zu keinem Erfolg geführt. In der Hoheitsverwaltung haben lediglich 218 Angestellte - 174 Vertragsbedienstete und 44 Pragmatisierte von der Möglichkeit des freiwilligen Abbaues gegen Verdoppelung der Abfertigung Gebrauch gemacht.

Auf die Dauer wird die Gemeindevverwaltung diesen hohen Personalstand von 37.000 Angestellten - im Jahre 1934 waren es 16.700 - nicht tragen können. 37.000 Angestellte werden nie gut bezahlt werden können, es sei denn, daß die Gemeinde Wien auf alle anderen, für die Gesamtbevölkerung notwendigen Anschaffungen und Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten verzichtet. Trotzdem steht die Gemeinde nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein bloß linearer Abbau unmöglich ist. Ein wirklicher Personalabbau setzt allerdings vorher eine Vereinfachung der Verwaltung voraus. Redner richtet in dem Zusammenhang an die amtsführenden Stadträte und die Angestellten der Stadt den Appell, im eigenen wie auch im Interesse des Schicksals dieser Stadt mitzuhelfen, diesen unmöglich hohen Personalstand auf ein erträgliches Maß zurückzuschrauben.

Bewegliches Vermögen

Der Ansatz der Beteiligungen, Darlehen, wurde von 20 Millionen auf 40 Millionen erhöht, was wegen der Umsatzsteigerungen in den gemischtwirtschaftlichen Betrieben, an denen die Gemeinde beteiligt ist, notwendig ist.

Ebenso mußte der Ansatz für den Ankauf von Wertpapieren um 10 Millionen auf 20 Millionen S erhöht werden. Dies dient zum Ankauf eigener Anleihestücke, deren Verlosung vermieden werden soll, da sie noch unter dem Nominale stehen.

Kultur und Volksbildung

Der Aufwand steigt von 12.9 Millionen auf 15.5 Millionen. Allein die Musiklehranstalten, die Modeschule, die Büchereien, die Landesbildstelle und der Körpersport erfordern einen Nettzuschuß von 8 Millionen.

Wohlfahrtswesen

Der Aufwand steigt von 200 Millionen auf 254 Millionen. Es ist der Neu- oder Wiederaufbau von 15 Kindergärten geplant. Für die offene Wohlfahrtspflege ist ein Mehraufwand von 6 Millionen, für die geschlossene ein solcher von 10 Millionen vorgesehen.

Die Fürsorgeverbandskosten sind von 31 Millionen auf 51 Millionen gestiegen. Diese starke Steigerung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß immer mehr Verpflegskosten nicht mehr einbringlich sind.

Gesundheitswesen

Der Gesamtaufwand steigt von 221 Millionen im Jahre 1950 auf 289 Millionen 1951. Die Anstaltenverwaltung allein wird ein Defizit von 201 Millionen aufweisen, das ist um 57 Millionen oder 40 Prozent mehr als im Jahre 1950. Die Stadt Wien muß heute je Tag und Bett 23 S aus Steuermitteln dazuzahlen. Dieses große Defizit, dieses große Verwaltungs- und Finanzproblem hat seine Ursache in dem Danaergeschenk, das die Nazi im Jahre 1939 gemacht haben, indem sie die damals dem Bund gehörenden Fondskrankenanstalten kostenlos der Gemeinde Wien übergeben haben. Während bis 1945 das Defizit aber aus Reichsmitteln getragen wurde, zahlt der Bund seit 1945 nichts, weil er sich nicht als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches erklären kann. Der Bund zahlt nicht einmal den klinischen Mehraufwand, so daß, wenn die Verhandlungen mit dem Finanzministerium weiterhin so verschleppt werden, die Anrufung des Verfaessungsgerichtshofes erwogen werden müßte. Es muß verlangt werden, daß der Bund den Abgang bei den Wiener Spitälern, in denen mehr als 25 Prozent der Patienten Nichtwiener sind, wenigstens zu drei Achtel übernimmt.

Der Wohnungsbau

Der Gesamtaufwand (ohne Kriegsschäden) bei der Gruppe Bauangelegenheiten steigt von 495 Millionen auf 601 Millionen. Der Wohnungsbau ist das Kernstück der Arbeitsbeschaffung der Wiener Gemeindeverwaltung. Für den Wohnungsneubau sind 330 Millionen vorgesehen, mit denen 5000 neue Wohnungen hergestellt werden sollen. 64 Millionen werden für die Kriegsschädenbehebung bereitgestellt, 20 Millionen für Erhaltungsarbeiten an städtischen Wohnhäusern und 24 Millionen für Ersatzvornahmen bei Bauschäden. Es können somit allein für die Schaffung und Erhaltung von Wohnungen zusammen 438 Millionen Schilling ausgegeben werden. (Beifall bei den Sozialisten.) Es ist zu hoffen, daß damit die Wohnungsnot wesentlich gelindert werden kann.

Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaues

Die Gemeinde ist nach wie vor bereit, für den genossenschaftlichen Wohnungsbau Kredite bis zu 50 Prozent, in Ausnahmefällen bis zu 60 Prozent der Bau- und Grundkosten, höchstens aber 40.000 Schilling je Wohnung zu gewähren. Die Bedingungen sind: Zinsfuß

und Amortisation von zusammen 2 Prozent auf die Dauer von 80 Jahren; die Wohnungen dürfen nur im Rahmen von Siedlungen erbaut werden, so daß der Wohnraum nicht größer als 60 Quadratmeter sein darf. Die Gemeinde behält sich vor, Bauten, bei denen sie 50 bis 60 Prozent beistellt, zu kontrollieren. 10 Prozent der Bau- und Grundkosten müssen von den Siedlern bzw. der Genossenschaft selbst aufgebracht werden. Noch aussichtsreicher wird der genossenschaftliche Wohnungsbau dadurch, daß die zusätzlichen Kredite des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds ebenfalls zu 2 Prozent vergeben werden. Bei beispielsweise 60.000 S Kosten, von denen 10 Prozent aus Eigenmitteln und 90 Prozent aus fremden Mitteln aufgebracht werden, würde der monatliche Kapitalzins daher 90 S betragen und später unter Berücksichtigung des anfallenden Erhaltungsaufwandes und der Steuern der monatlich zu leistende Betrag 100 bis 120 S ausmachen, was für höher verdienende Schichten bereits erträglich erscheint.

Gegenüber den immer wiederholten Mitteilungen zweier Tagesblätter stellt der Redner fest, daß diese Kreditgewährung keineswegs davon abhängig sei, daß auf Gemeindegrund gebaut wird. Im Gegenteil, die Gemeinde selbst kann Baugrund überhaupt nur beistellen, wenn sie nicht selbst die Absicht hat, auf diesem Grund zu bauen. In mehr als 90 Prozent der Fälle wird die Genossenschaft auch den Baugrund beistellen müssen.

Der gesamte Bauaufwand steigt von 572 Millionen auf 718,8 Millionen.

Behördliche Bauangelegenheiten

Der Gesamtaufwand steigt von 97 Millionen auf 122 Millionen.

Das Wohnungswesen

In der Geschäftsgruppe VIII - Wohnungswesen - ist der Gesamtaufwand von 39 Millionen Schilling auf 63 Millionen gestiegen. Allein die städtischen Wohnhäuser werden einen Mehraufwand von 22,4 Millionen Schilling erfordern, wobei die Hauptpost die Erhöhung der Anlagenerhaltung ausmachen wird. Mit diesem Betrag wird die Erhaltung des städtischen Wohnhäuser vorwärtsgetrieben werden und ein Teil dessen gutgemacht, was in den Jahren der faschistischen Herrschaft und der Nachkriegszeit angerichtet wurde.

Wirtschaftsangelegenheiten

Die Ansätze der Geschäftsgruppe IX, Wirtschaftsangelegenheiten, erhöhten sich um 46 Millionen Schilling von 99 Millionen auf 145 Millionen. Allein für den Ankauf von Liegenschaften sind 17 Millionen Schilling vorgesehen. Für Pflichtschulen sind im ordentlichen Haushalt um 22 Millionen Schilling mehr vorgesehen. Die Stadt Wien hat im kommenden Jahr nicht nur drei neue Schulen fertigzustellen, sie will auch neun kriegsbeschädigte Schulen wiederherstellen, sodaß in einem Jahr zwölf neue Schulen **zur** Verfügung stehen werden. (Beifall.) Für Märkte und Schlachthöfe werden 26 Millionen Schilling ausgegeben, das sind um 10 Millionen **mehr als im** Vorjahr. Dazu kommen noch 15 Millionen Schilling für Kriegsschädenbehebung. Die starke Steigerung des Warenangebotes auf Märkten und Schlachthöfen erfordert eine rasche Wiederherstellung.

Allgemeine Verwaltung

Für die Geschäftsgruppe X, Allgemeine Verwaltung, sind **52 Millionen** Schilling veranschlagt, um 11 Millionen mehr als im Vorjahr. Davon entfallen 8 Millionen Schilling allein auf die Feuerwehr und 2.5 Millionen auf die Wahl des Bundespräsidenten. Von diesen 2.5 Millionen sollen jedoch 900.000 Schilling vom Bund ersetzt werden.

11 Wiener haben Einsicht genommen

Stadtrat Resch erwähnt dann, daß der Voranschlag vom 4. bis 9. Dezember aufgelegt war und 11 Personen Einsicht genommen haben. Zwei Personen haben Erinnerungen an den Gemeinderat abgegeben. Diese haben jedoch nichts Sensationelles enthalten. Das eine Schreiben regte die Einführung einer Betriebs- und Verwaltungsstatistik, wie sie in der Privatwirtschaft geführt wird, an. Stadtrat Resch erklärt hierzu, daß in jedem Verwaltungszweig die notwendigen Betriebsstatistiken geführt werden. Der Aufwand für diese Arbeiten ist jedoch nicht im Voranschlag ersichtlich, da diese Arbeiten im allgemeinen Verwaltungsaufwand und in den einzelnen Betriebsansätzen enthalten sind. Die zweite Erinnerung enthielt eine Beschwerde darüber, daß die Gemeinde Wien ihre Anleihen aus der Zeit der Monarchie nicht auf-

gewertet habe. Durch die Anwendung des Grundsatzes Krone ist Krone, seien die Anleihegläubiger schwer geschädigt worden. Stadtrat Resch stellt dazu fest, daß diese Angelegenheit ein Teil des Währungswesens und daher Bundessache ist. Die Bundesgesetzgebung hat eine Aufwertung von Kronenverbindlichkeiten nicht vorgesehen. Diese Regelung gilt allgemein. Stadtrat Resch erklärt, bei aller Anerkennung der schweren Verluste, die die Besitzer von Anleihen erlitten haben, möchte er auf die zweite Gruppe von Verlustträgern hinweisen, die noch bedürftiger sein dürfte, und zwar die kleinen Sparer, die im Frieden und im ersten Weltkrieg ihre Gelder in die Gemeindegasse gelegt haben und so ihre letzten Spargelder verloren haben. Wenn man von einer Wiedergutmachung für die Besitzer von Anleihen und Obligationen spricht, müßte man vorher von einer Wiedergutmachung der kleinen Sparer reden. (Starker Beifall.)

Wir dürfen nicht untätig bleiben!

Stadtrat Resch führte weiter aus, daß die Gemeinde ihre im heurigen Jahre begonnenen Bemühungen, durch Schaffung von Arbeit die Wirtschaft dieser Stadt zu fördern und damit die Vollbeschäftigung der Arbeiter und Angestellten zu sichern, in noch stärkerem Maße fortsetzen wird. Und das trotz allem Säbelrasseln im Westen und allem Kriegslärm im Osten. Wir wollen und wir dürfen nicht einmal daran denken, daß es wieder Krieg geben kann. Wir müssen Augen und Ohren schließen vor all dem Kriegsgeschrei links und rechts und inbrünstig glauben, daß wir in Frieden und in ruhiger wirtschaftlicher Entwicklung unsere Arbeiten hier fortsetzen können. (Starker allgemeiner Beifall.) Nur unter dieser Voraussetzung haben unsere Bemühungen Sinn und Zweck, sonst wären sie sinn- und zwecklos. Aber Augen und Ohren verschließen vor dem Kriegsgeschrei in der Welt heißt nicht untätig bleiben im eigenen Lande. Ich halte es für eine Pflicht jedes Österreicher, aber auch jeder Partei, die sich österreichisch nennt, alles zu tun, was die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes und unserer Stadt fördert aber auch alles zu unterlassen, was dieser ruhigen Aufwärtsentwicklung schaden kann. Denn davon hängt der Weltfrieden ab, daß es gelingt, die bestehenden Unruheherde in der Welt einzudämmen und nicht noch neue Unruheherde zu schaffen. Vor allem

nicht in Österreich, das durch seine geographische Lage an der Grenze zwischen Ost und West einer ^{der}neuralgischen Punkte Europas geworden ist. Wer wirklich Frieden will in der Welt und nicht bloß Friedenspropaganda, muß mithelfen alles zu vermeiden, was der Wirtschaft dieses Landes und dieser Stadt schadet und Unsicherheit und Unruhe schafft, auch dann, wenn er in einer oder der anderen Frage anderer Meinung ist als die Mehrheit dieses Hauses. Drohungen mit kommenden politischen Umstürzen, Sabotageakte an der Wirtschaft und Gerüchte über unsere Währung sind keine Methoden, die ruhige Entwicklung dieser armen schwer getroffenen Stadt zu fördern. Sie erzeugen Unsicherheit und Unruhe an einem der gefährdetsten Punkte Europas und bedrohen damit den Frieden der Welt. Auch der einfachste Mann in dieser Stadt versteht das schon und niemand, der solche Methoden jetzt oder in Zukunft anwendet oder mitmacht, wird sich darauf berufen können, guten Glaubens gewesen zu sein. Er wird als das behandelt werden, was er ist, als ein Schädling unserer Stadt und unseres Volkes.

Appell an die Gutgesinnten

Stadtrat Resch appellierte am Schlusse seiner Rede an alle Gutgesinnten, mitzuwirken und mitzuhelfen an dem schweren Problem in politisch und wirtschaftlich so unruhigen Zeiten eine niedergebroschene Wirtschaft und eine schwer geschädigte Stadt wieder aufzubauen. Er bittet das ganze Haus, in diesem Geiste den Vorschlag für das Jahr 1951 zu beraten und zu beschließen. (Starker, anhaltender Beifall.)

Die Generaldebatte

Der erste Redner in der Generaldebatte ist GR. Lauscher (IBL). Er erklärt, das Budget im Wiener Rathaus wäre immer ein Anlaß zur Erörterung von Fragen wirtschaftlicher und politischer Natur, die für die Wiener Bevölkerung von allgemeiner Bedeutung sind. Die Frage, die die Bevölkerung derzeit am meisten bewegt, ist die Gefahr eines neuen Krieges. Die schrecklichen Folgen des zweiten Weltkrieges sind noch nicht überwunden und kaum fünf Jahre später wird das Dasein der Menschen von der schrecklichen Drohung eines dritten Weltkrieges überschattet. Der amerikanische Imperialismus sei in die Fußstapfen Hitlers getreten. Er droht mit der Anwendung der Atombombe und entfacht eine verbrecherische Kriegspropaganda und Kriegspsychose. Der Redner spricht von der großen Zahl der Wiener und Wienerinnen, die den Stockholmer Friedensappell unterschrieben hat, und erklärt, anlässlich der Budgetdebatte die Tatsache feststellen zu müssen, daß die Verantwortlichen der Wiener Stadtverwaltung in dieser Existenzfrage für Wien nicht in den Interessen der Wiener Bevölkerung gehandelt haben. Der Appell der Bürgermeister von 17 italienischen Städten an ihre Amtskollegen, hat beim Wiener Bürgermeister keine Antwort gefunden. (Zwischenruf: "Der Bürgermeister weiß selbst was er zu tun hat!") Er hat zugelassen, daß Wien die Entwicklung der Friedensbewegung grundlos erschwere. (Erregte Zwischenrufe.) Der Bürgermeister hat veranlaßt, daß der Präsident des Wiener Stadtschulrates mit einer, nach der Meinung GR. Lauschers, geradezu lächerlichen Argumentation die Gewährung eines unbezahlten Urlaubes abschlug, weil jene Lehrerin als Delegierte am Friedenskongreß teilnehmen wollte. Der Bürgermeister hat ferner zugelassen, daß Transparente mit Friedenslosungen durch die Feuerwehr entfernt wurden. Der Friede ist die Grundlage jedes Wiederaufbaues und die Voraussetzung des Wiederaufbaues unserer Stadt. Die Wiener Bevölkerung erwartet nicht nur von der Stadtverwaltung und ihren Vertretern, sie fordert vielmehr, daß diese alles tun, um an der Erhaltung des Friedens mitzuwirken. (Zwischenrufe: "Was ist mit dem Staatsvertrag", "Österreich braucht nur vier Unter-

schriften und nicht mehr!"). GR.Lauscher spricht sodann weiter über die kommunistische Friedensbewegung, wird jedoch ständig durch erregte Zwischenrufe unterbrochen.

Als der Redner trotz wiederholter Mahnung durch den Vorsitzenden über die Oktober-Ereignisse in Wien spricht, verlassen die SPÖ- und ÖVP-Gemeinderäte bis auf wenige Abgeordnete demonstrativ den Saal.

Im weiteren Verlauf seiner Rede stellt GR.Lauscher fest, daß die zweite Etappe des Nachziehverfahrens noch immer nicht durchgeführt worden sei. Auch auf anderen Gebieten werden den Gemeindebediensteten jene Rechte noch immer nicht zugebilligt, die sie einmal hatten. Die ungerechte Finanzpolitik der Gemeinde Wien belaste die Arbeiter und Angestellten schwer, wozu im kommenden Jahr noch weitere Belastungen kommen sollen.

Der Finanzreferent habe wiederholt versprochen, wie ein Löwe für einen besseren Finanzausgleich zu kämpfen. Trotz aller Verschleierungsversuche habe man aber aus den Ausführungen des Referenten die schmachvolle Kapitulation erkannt, die in dem sogenannten Bundespräzipuum liege.

Die Fonds- und Krankenanstalten werden im kommenden Jahr wieder ein Defizit von 63 Millionen Schilling aufweisen. Trotz vieler Ankündigungen sei es noch immer nicht gelungen, den Bund zu veranlassen, einen Teil dieses Defizits zu übernehmen.

Dürftig wie immer seien die Ausgaben für den Gesundheitsdienst, insbesondere für die Bekämpfung der Krebskrankheit.

Auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens sei noch immer keine Erleichterung eingetreten, die Zahl der Wohnungssuchenden habe vielmehr noch beträchtlich zugenommen. Allein die Zahl der Notstandsfälle habe sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 1.527 vermehrt. Leider habe sich das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz endgültig als untauglich erwiesen, einen großzügigen sozialen Wohnhausbau zu sichern.

Der zwischen SPÖ und ÖVP abgeschlossene "Zinspakt" bedeute eine Durchlöcherung des Mieterschutzes und werde zu einer Wiederherstellung der Hausherrenrente führen.

Das vorliegende Budget werde in keiner Weise den Interessen und Bedürfnissen der Wiener Bevölkerung gerecht, der Linksblock werde daher gegen diesen Voranschlag stimmen.

GR. Wicha (WdU) erklärt, die zeitgerechte Vorlage des Budgets für 1951 bedeute einen weiteren Schritt zur Normalisierung der Verhältnisse. Wenn das Interesse der Wiener Bevölkerung an dem Budget noch nicht das gewünschte Ausmaß erreicht habe, so liege der Grund darin, daß der Zugang dadurch erschwert werde, daß es nur im Wiener Rathaus aufliege. Die Auflegung sollte dezentralisiert in den Amtshäusern erfolgen.

Die Erhöhung des Betrages für den Wohnbau begründet die Hoffnung, daß der würgenden Wohnungsnot endlich gesteuert werden kann. In dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds sind leider statt der vorgesehenen 450 Millionen nur 130 Millionen eingegangen, und es ist nur zu hoffen, daß sich die Verantwortlichen bei der Novellierung des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes nicht geirrt haben und tatsächlich die vorgesehene Milliarde einfließen wird. Denn die Ankurbelung des Wohnungsbaues ist die Voraussetzung für die Ankurbelung der Wirtschaft.

Durch das 4. Lohn- und Preisabkommen sind nicht nur die Personalausgaben, sondern auch der Sachaufwand erheblich gestiegen, ein Beweis dafür, daß sich die Preiserhöhungen durchaus nicht nur auf jene Artikel beschränken, die von den Mehrheitsparteien wie auch vom Gewerkschaftsbund als betroffen bezeichnet wurden. Redner kritisiert in diesem Zusammenhang die Haltung des Gewerkschaftsbundes und die zu geringe Vertretung seiner Partei im Gewerkschaftsbund, worauf ihn Vorsitzender Marek auffordert, zum Voranschlag zu sprechen.

Redner erklärt, daß man die WdU mit Haß und Verleumdung verfolge, und fordert die endliche und endgültige Liquidierung der Vergangenheit, die Beseitigung der Haßpsychose, das gleiche Recht für alle Staatsbürger und die geballte Kraft aller Österreicher für den Wiederaufbau. Er tritt auch dafür ein, daß Problem der Volksdeutschen, die man lieber als Altösterreicher bezeichnen sollte, endlich einer Klärung zuzuführen.

Redner zitiert hierauf einen Auszug der Rede des Bundespräsidenten anlässlich seines 80. Geburtstages vor dem Parlament und erklärt, die WdU wolle so wie Bundespräsident Renner statt Terror den inneren Frieden. (Abg. Nödl: Seit wann?)

Vorsitzender Marek: Ich ersuche, den Bundespräsidenten nicht in die Debatte zu ziehen.

GR. Wicha: Das habe ich nicht getan, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Marek: Sie haben Erklärungen des Herrn Bundespräsidenten nicht zur Grundlage Ihrer Ausführungen zu machen.

GR. Wicha appelliert sodann an den Gemeinderat, dem unwürdigen Zustand ein Ende zu setzen, daß der Abg. Keller sein Mandat noch immer ausübe, obwohl er aus der Wahlpartei der Unabhängigen, auf deren Liste er gewählt wurde, ausgeschieden sei. (Der Vorsitzende fordert den Redner zum zweiten Mal auf, zur Sache zu sprechen.)

Dieses Budget weise den größten Gebarungsabgang seit 1945 auf. Darum ist auch vom Vermögen der Gemeinde im Voranschlag kaum die Rede. In diesem Zusammenhang wird auch die Scheu der Gemeindeverwaltung vor der Einführung der Schillingeröffnungsbilanz begreiflich. Die vorgeschützte Besorgnis um einen Rückgang der Einkommensteuererträge ist aber von maßgebenden Volkswirtschaftlern schon längst als nicht stichhältig widerlegt worden.

Redner befaßt sich sodann mit dem Personalstand und dem Finanzausgleich und wirft die Frage auf, ob die schweren Schädigungen Wiens und seine Leistungen für die übrigen Bundesländer nicht doch eine stärkere Berücksichtigung beim Finanzausgleich hätten finden können. Er tritt für eine Reform der Gewerbesteuer hauptsächlich zu Gunsten der kleinen Gewerbetreibenden ein und bedauert den ständigen Rückgang der Reinerträge der Armenlotterie. Seine Fraktion werde dem Budget zustimmen.

GR. Dipl. Ing. Keller (parteilos) nimmt zu der vom Abg. Wicha kritisierten Ausübung seines Mandates Stellung, wird aber vom Vorsitzenden darauf verwiesen, persönliche Berichtigungen am Ende der Debatte vorzubringen.

Redner erklärt, Zweck jeder Budgetverhandlung sei, die Erfordernisse des Haushaltes festzustellen und darüber zu beraten, wie man die Lasten gerecht auf die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung aufteilen kann. Alle unsere Sorgen kämen nur daher, daß wir die Frage der Verteilung der Güter durch das Geld vernachlässigen. Hätten wir eine gerechte Verteilung, dann hätten wir auch das Geld, das wir brauchen. Daher muß das Geldwesen unbedingt reformiert werden. Der Redner erläutert die Notwendigkeit einer geänderten Verteilung und kritisiert die Noten-

bank, weswegen er vom Vorsitzenden mehrmals zur Sache gerufen wird.

Der Generalredner der ÖVP

Als Generalredner der Österreichischen Volkspartei spricht Gemeinderat Dr. Prutscher. Er beschäftigt sich eingangs mit den verschiedenen Auffassungen über die Aufgaben des Staates und mit dem Unterschied zwischen den totalitären und den demokratischen Verwaltungen. Er wendet sich dagegen, daß der staatliche Apparat zum Selbstzweck wird und verlangt, daß man alles unternimmt, um die Verwaltung zu vereinfachen. Eine der wichtigsten Grundrechte des Staatsbürgers bestehe darin, daß der einzelne über sein Einkommen innerhalb eines gewissen Rahmens selbständig verfügen kann. Die Anforderungen des Budgets sind jedoch in einem stärkeren Maß gestiegen, so daß dieses Recht des einzelnen geringer geworden ist. GR. Dr. Prutscher vertritt die Meinung, es wäre besser, wenn der einzelne nicht darauf warten müsse, bis die Verwaltung etwas für ihn tut, sondern wenn man die private Initiative unterstützen wollte. Der Redner begrüßte es daher, daß in diesem Budget bereits ein Anfang damit gemacht wird, auch das genossenschaftliche Bauen zu fördern. Es sei die schönste Aufgabe der öffentlichen Hand, jedem Hilfe zu gewähren, der selbst sein Schicksal verbessern will. Es müßten für produktive Zwecke auf produktive Art Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Im einzelnen auf den Voranschlag eingehend, bedauert der Redner, daß die in den Vorjahren begonnene Tendenz zur betriebsmäßigen Verrechnung stark eingeschränkt wurde. In der Frage der Einführung der Schillingeröffnungsbilanz wendet sich GR. Dr. Prutscher gegen Stadtrat Resch. Er betont, daß gerade der kleine Gewerbetreibende mit veralteten Maschinen arbeiten muß, die der heutigen Zeit nicht entsprechen. Er gerät dadurch, solange es keine Schillingeröffnungsbilanz gibt, gegenüber jenen ins Hintertreffen, die sich bereits aus ERP-Mitteln neue Maschinen anschaffen konnten.

Zur Reform der Gewerbesteuer bemerkt der Redner, daß diese Steuer bedeutend mehr als die Einkommensteuer gestiegen ist.

Während die Gewerbesteuer 1945 31 % der Einkommensteuer ausgemacht hat, beträgt sie heute 120 %. Auch hier ist es wieder der kleine Gewerbetreibende, dem es oft kaum mehr möglich ist, die Gewerbesteuer zu überwälzen. Sie geht also von seinem Einkommen ab. In diesem Zusammenhang weist der Redner darauf hin, daß auf der anderen Seite zum Beispiel die Getränkesteuer durch die USIA-Geschäfte oder durch Aktionen in Betrieben und Dienststellen in gigantischem Maß hinterzogen wird und fordert Stadtrat Resch auf, diesen Übelstand abzustellen.

GR.Dr.Prutscher spricht sodann über den Finanzausgleich. Er stellt fest, daß sich der Finanzausgleich in diesem Jahr für die Stadt Wien günstiger entwickelt hat als früher. Dies ist nicht nur ein Verdienst des Finanzreferenten, sondern auch der Vertreter der beiden großen Parteien im Nationalrat, die sich gemeinsam dafür eingesetzt haben, den Standpunkt der Gemeinde durchzusetzen.

Beim Kapitel "Personalangelegenheiten" bemerkt Dr.Prutscher, es wäre die beste Reform, weniger zu verwalten. In der Überzentralisation der Personalangelegenheiten liegt jedoch eines der Hauptübel der Verwaltung. Der Amtsführende Stadtrat hat in seiner eigenen Verwaltungsgruppe in Personalangelegenheiten nichts zu reden. Wenn man eine möglichst straffe Erfassung des Personalwesens ausüben will, dann ist dieses System wohl das richtige. Wenn man aber die größtmögliche Wirtschaftlichkeit der Verwaltung erstrebt, dann ist dieses System falsch. Das geht so weit, daß es in manchen Referaten Leiter gibt, die für ihren Dienst wenig oder gar nicht geeignet sind, aber Beziehungen haben, denen sie ihren Posten verdanken. Beim Bund ist das anders. Jeder Ressortchef ist für seine Personalfragen zuständig. Es gibt auch beim Bund keinen "Personalminister".

Der Redner spricht davon, daß auch die Freude des einzelnen Arbeiters und Angestellten an seiner Arbeit geweckt werden möge und nicht wegen ganz geringfügiger Vergehen schwerste Verwarnungen erlassen werden sollen, während auf der anderen Seite wieder die Disziplinaruntersuchung gegen einen im Ver-

dacht der Korruption stehenden Betriebsrat auf Veranlassen des Stadtrates eingestellt wird. Es darf dieses Verfahren schon im Interesse des Beklagten, dessen Schuldlosigkeit sich vielleicht herausgestellt hätte, nicht von oben her niedergeschlagen werden.

Zu den Ansätzen für Kultur- und Volksbildung erklärt Gr. Dr. Prutscher, daß diese Gruppe im Verhältnis zu den anderen Geschäftsgruppen ein Stiefkind unserer Stadt zu sein scheint. Trotzdem ist es erfreulich festzustellen, daß die Ansätze von 0.3 Prozent des Jahresbudgets 1950 auf 0.9 Prozent des Budgets des Jahres 1951 gestiegen sind. Der Redner begrüßt die Einführung der Festwochen und regt in diesem Zusammenhang an, eine Werbung für Kultur und Landaufenthalt gemeinsam mit den Bundesländern durchzuführen.

Auch den städtischen Büchereien stehen leider keine großen Mittel zur Verfügung. Hier sollten jedoch vor allem Bücher gekauft werden, die den Interessen der Bevölkerung und nicht einer Parteirichtung entsprechen.

Zu den Ansätzen in der Wohlfahrtspflege stellt der Redner fest, daß hier der Grundsatz gelten müsse, mit den kleinsten Mitteln den größten Erfolg zu erzielen. Die Gemeindeverwaltung müsse sich klar werden, ob sie nur die soziale Verwaltung durchführen oder ob sie zur Sozialpolitik fortschreiten will. Der Redner spricht dann über die Gründe, warum die Münderbereitschaft derjenigen, die als Pflegeeltern in Frage kommen so gering ist und meint, daß die Mittel, die den Pflegeeltern zur Verfügung gestellt sind, zu gering sind. Leider sind auch aus Ersparungsgründen eine ganze Reihe von Kindergärten Samstag nicht in Betrieb. Dies sei für die berufstätigen Frauen ein bedeutendes Erschwernis.

Ein besonderes Augenmerk solle dem Gesundheitswesen zugewendet werden. Durch einen überspitzten Zentralismus sei es auf dem Gebiete der Krebsfürsorge leider dazu gekommen, daß der Einrichtung neuer Untersuchungsstellen immer neue Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden.

Obwohl es auf dem Gebiete der Krankenpflege viele Arten der Betreuung gebe, bequeme man sich, Einheitsschwestern auszubilden, um sie ohne weiteres von einer Abteilung zur anderen versetzen zu können. Von dieser Art der Schematisierung müsse man endlich abkommen.

Erfreulich ist es, daß man auf dem Gebiete der Altersversorgung in Lainz wieder darangegangen ist, einige Pavillons so einzurichten, daß man wieder den Typus des Altersstübchens einführt und von der Form des Altersspitals und der Gemeinschaftsschlafsäle wegkommt.

Auf dem Gebiete der Bautätigkeit könne der Redner seiner Freude darüber Ausdruck geben, daß einer Anregung der ÖVP zufolge, die diese vor zwei Jahren vorgebracht hat, Mittel für Siedlungsgenossenschaften bereitgestellt werden. Es dürfe eben nicht einen einzigen Baumonopolisten geben, und langsam dämmere die Erkenntnis auf, daß man auch jedem einzelnen unterstützen müsse, der sich sein eigenes Heim schaffen will.

Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß für den Linzer Hafen im kommenden Jahr 10 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden, bedauert der Redner, daß von Seiten der Wiener Gemeindeverwaltung nur geringe Mittel für den Ausbau des Wiener Hafens bereitgestellt werden.

In der Verwaltungsgruppe VII habe man endlich die unwirtschaftliche Haltung von Personen- und Lastkraftwagen vermindert und den Beschäftigtenstand dadurch von 1500 auf rund 900 gesenkt.

Auch dem Schmerzenskind der Wiener Stadtverwaltung, der Schneesauberung, solle im kommenden Jahr ein erhöhtes Augenmerk geschenkt werden. Wenn es wirklich Schnee gebe, müsse man trachten, die Straßen so rasch wie möglich zu säubern.

Es gehe nicht an, daß eine Verwaltungsstelle der anderen unnötige Schwierigkeiten in den Weg lege, wenn ihr eine Maßnahme nicht paßt. So werden beispielsweise Baugenehmigungen für Gebiete erteilt, über die rechtens eine Bausperre verhängt ist.

Auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens sollen nicht nur jene berücksichtigt werden, die derzeit über keine Wohnungen verfügen, sondern auch jene, die in menschenunwürdigen Wohnungen hausen müssen. Auch das Problem der jungen Ehepaare, die über keine Wohnung verfügen, müsse endlich einmal gelöst werden.

Redner bespricht sodann die Klagen über die Disziplinlosigkeit der wilden Siedler und regt an, anstatt die Polizei zu mobilisieren denjenigen, die sich an die Normen halten, zu helfen.

In die Verwaltungsgruppe X - Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten - könne man am wenigsten hineinschauen. Es werden wohl die schönsten Pläne für die Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften gemacht, praktisch ist es aber hier nicht möglich, auch nur einen Teil des Einflusses auszuüben, den jeder andere Landtag in Österreich ausüben kann. Alle Dinge, die als mittelbare Bundesverwaltung in die Kompetenz des Landes fallen, sind der Einflußnahme der gesetzmäßig gewählten Vertreter vollkommen entzogen. Dabei ist die Praxis gerade dieser Gruppe nicht so, daß sie einer demokratischen Kontrolle nicht bedürfen würde. Redner zitiert in diesem Zusammenhang die Kiba-Angelegenheit, wo vom freien Ermessen ein derartiger Mißbrauch gemacht wurde, daß seitens des Verwaltungs-, bzw. Verfassungsgerichtshofes Bescheide und Gesetze aufgehoben werden mußten. Dieses Referat greift in die Einflußsphäre anderer Verwaltungsgruppen ein, offenbar um möglichst viel Macht in wenigen Händen zu konzentrieren. Es bestünde hier auch die Möglichkeit zu sparen. So ist z.B. die Ausschmückung von Trausälen für die Ziviltrauung für einen Großteil der Bevölkerung völlig überflüssig, da sie die standesamtliche Trauung nur als bloße Formalität betrachtet.

Eine wirkliche Reform der Gemeindeverwaltung könnte am besten dadurch erreicht werden, daß die schüchternen Ansätze, die man seit 1945 bei der Demokratisierung der Verwaltung vorgenommen hat, energisch weitergetrieben werden, daß man den Stadträten, die nach der heutigen Verfassung bloße Gehilfen des Bürgermeisters sind, auch wirklich für das, was ihnen der Gemeinderat bewilligte, die Verantwortung überträgt und daß alle Zweige der Verwaltung von der bloßen Verwaltung zu einer möglichst menschlichen Erfassung aller Angelegenheiten kommen. Es darf nicht wie anderswo dazukommen, daß die Verwaltung einer Stadt oder eines Landes für den Bürger zu einer Zwangsjacke wird. Es muß dazukommen, daß die Mitarbeit nicht nur der gewählten Vertreter, sondern jedes einzelnen Bürgers, der der öffentlichen Hand seine Hilfe leihen will, dankbar entgegen genommen wird. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Der Redner des Linksblocks

=====

GR. Dr. Soswinski (LBl.) stellt fest, daß die Beschlußfassung und die Debatte über den Voranschlag und damit im Zusammenhang auch über die Politik eines der grundlegendsten Rechte aller parlamentarischen Körperschaft überhaupt ist. Dies trifft hier umso mehr zu, als der Amtsführende Stadtrat eine Reihe von politischen Feststellungen gemacht hat, die man nicht unwidersprochen hinnehmen kann, wie etwa die, daß der 4. Lohn- und Preisakt eine gelungene Maßnahme sei, oder wenn er sagte, man müsse ob des Kriegsgeschreis und der Kriegsvorbereitung Ohren und Augen schließen. Hier ist es im Gegenteil notwendig, Augen und Ohren aufzumachen.

Redner kritisiert sodann, daß die Verfassungsbestimmung, wonach der Voranschlag dem Finanzausschuß und dem Stadtsenat mindestens 6 Wochen vor Beginn des Verwaltungsjahres vorzuliegen ist, vom Finanzreferent bisher noch in jedem Jahr durchbrochen wurde. Es kann keine Entschuldigung sein, wenn der Amtsführende Stadtrat sich darauf ausredet, daß man erst den 4. Lohn- und Preisakt oder den Abschluß der Verhandlungen über die Abgabenteilung abwarten mußte. Der beste Beweis dafür, daß diese Fragen bereits beschlossen waren, liegt darin, daß der Bundesminister für Finanzen zeitgerecht dem Parlament das Budget des Bundes vorgelegt hat.

Redner wendet sich sodann dagegen, daß Verfassungsbestimmungen so ausgelegt werden, daß man dem Gemeinderat sein Entscheidungsrecht nimmt. Während des Jahres haben die Abgeordneten Zeit genug zu Sitzungen zusammenzukommen. Wenn sie keine Zeit haben, sollen sie ihr Mandat zurücklegen, und die Bevölkerung wird sich Abgeordnete finden, die Zeit haben, sie zu vertreten.

Zur Abgabenteilung erklärt der Redner, es gehöre zu den historischen Tatsachen der österr. Geschichte der letzten 100 Jahre, daß die Teilung zwischen dem Bund und seinen Gliedern immer mit heftigen Kämpfen einhergegangen ist. Es gehört zu den geschichtlichen Eigentümlichkeiten der zweiten Republik, daß dies nun nicht mehr im Wege des Kampfes, sondern der Pakte und Pakelei vor sich geht. Marx hat einmal gesagt, die Geschichte sei eine Geschichte von Klassenkämpfen; man scheint diesen Satz umändern zu wollen; und meine, die Geschichte sei eine Geschichte der Pakeleien.

Vor zwei Jahren wurde die faustdicke Lüge vom Staatsdefizit erzählt. So ist es zu dem Notopfer der Länder und Gemeinden von 300 Millionen Schilling gekommen. Für das Jahr 1950 wurde diese Lüge wieder erzählt und den Ländern und Gemeinden ein neues Notopfer in der Höhe von 200 Millionen Schilling auferlegt. Dagegen flossen die Steuerquellen des Bundes reichlich. Aber die Koalitionspolitik hat die Finanzreferenten derart entmannt, daß sie die finanziellen Interessen der Länder und Gemeinden nicht wahrnahmen und weiter verrieten.

Der Redner wendet sich gegen das neuerliche Notopfer, das nicht mehr erst von den Ertragsanteilen, sondern von vornherein abgezogen wird. Er folgert daraus, daß man auch in Zukunft nicht gewillt ist, für die Rechte der Stadt Wien zu kämpfen. Er betont auch, daß die Gemeinde im vergangenen Jahr von dem Notopfer von 350 Millionen 33 Prozent getragen hatte, während sie nunmehr von 400 Millionen 33 1/3 Prozent zahlen muß.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigt sich der Redner mit den Aufwendungen für die Schulen und mit dem Defizit der Krankenanstalten. Er verlangt, daß Stadtrat Resch sich in dieser Angelegenheit endlich beim Finanzminister durchsetze und behauptet, daß der Finanzreferent nicht mit Energie die Interessen der Stadt vertritt. (Lebhafte Gegenrufe bei der SPÖ.)

Der Redner bemängelt ferner, daß die Gemeinde Wien es nicht versteht neue soziale Steuerquellen zu erschließen. Er wendet sich gegen die Behauptung, daß es in Österreich keine Kapitalisten mehr gebe, und führt als Beispiel dafür verschiedene Unternehmen an, deren Profite 10 Millionen Schilling betragen.

Man versuchte auch, der Bevölkerung einzureden, daß Gewaltiges für den Aufbau und die Behebung der Kriegsschäden geleistet wird. Demgegenüber stellt der Redner die Ziffer für den Wohnbau, die für 1951 mit 330 Millionen angegeben ist, während sie im vergangenen Jahr 297 Millionen betrug. Man kann aber heute als Folge des 4. Lohn- und Preisabkommens um 330 Millionen weniger bauen als im vergangenen Jahr für 297 Millionen. (Lebhafte Gegenrufe.)

In diesem Zusammenhang spricht der Redner davon, daß schon wieder die Rede von einem 5.Lohn- und Preis-pakt sei. Der Vorsitzende GR.Mazur ersucht Dr.Soswinski darauf hin keine, beunruhigenden Nachrichten in die Welt zu setzen.

GR. Dr. Soswinski wendet sich nun verschiedenen Posten im einzelnen zu. Im Zusammenhang mit dem veranschlagten Einnahmen für die Gewerbesteuer verlangt Dr. Soswinski neuerlich vom Finanzreferenten, das Ergebnis der Finanzgebarung monatlich durch die "Rathaus-Korrespondenz" der Bevölkerung bekanntzugeben. Er betonte, daß er das gleiche verlange, wozu der Finanzminister in der Lage sei

GR. Dr. Soswinski spricht sodann von der Höhe der Zinsen, die für die Fondsdarlehen jährlich zu bezahlen sind. Für die 13 Millionen Schilling, die wir jährlich bekommen haben, beträgt das eine Prozent 30.000 Schilling. Wenn wir im nächsten Jahr die bewilligten rund 53 Millionen Schilling bekommen, müssen wir 530.000 Schilling Zinsen zahlen. Er erklärt sodann, dieses Budget zeige, daß in Anbetracht der gestiegenen Preise für die entscheidenden Aufgaben der Gemeinde weniger Mittel zur Verfügung stehen als im vergangenen Jahr. Es zeigt, daß die eingeschlagene Finanzpolitik die Rechte Wiens nicht wahrnimmt und man nichts unternimmt, um die Finanzhoheit wiederherzustellen. Das Budget helfe mit, die Lebenshaltung der breiten Massen zu senken. Es belastet die Armen und schont die Reichen. Darum lehnt seine Partei dieses Budget ab.

Unterbrechung der Budget-Debatte

Ein Grubenhund auf der Simmeringer Hauptstraße
=====

18. Dezember (Rath.Korr.) "Der Abend" hat vor kurzem im Zusammenhang mit dem Umbau der Simmeringer Hauptstraße einen Artikel in sensationeller Aufmachung gebracht. Darin werden eine Reihe erstaunlicher Dinge angeführt, die angeblich zu einer Verzögerung der Fertigstellung des genannten Straßenbaues geführt haben. Obwohl dem Artikel jede technisch begründete Voraussetzung fehlt und es sich dabei anscheinend um einen "Grubenhund" handelt, ist er doch geeignet, einen Teil der Öffentlichkeit zu beunruhigen. Die Stadtbaudirektion erinnert daher, daß sie bei Fragen, die die städtischen Bauten betreffen, immer gerne bereit ist, der Presse auf schriftliche Anfragen, so weit wie möglich Auskunft zu geben.

Die Stadtbaudirektion ist überzeugt, daß eine sachliche Beratung geeignet ist, Irrtümer bei der Berichterstattung über Gemeindebauvorhaben vermeiden zu helfen und daher auch im Interesse der Presse gelegen ist.

Weihnacht überall
=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Die Aktion "Jugend am Werk" veranstaltete Samstag im Konzerthaus ein Weihnachtskonzert mit einem erlesenen künstlerischen Programm. Das Orchester des "Neuen Wiener Musikvereines" spielte unter der Leitung von Prof. Nilius Werke von Mozart, Schubert, Johann Strauß und Cherubini, die Wiener Sängerknaben sangen Weihnachtslieder. Die Solisten dieser Veranstaltung waren Prof. Dostal (Orgel) und Elfriede Schneider (Gesang). Die Darbietungen wurden von den Jugendlichen mit grossem Beifall aufgenommen. Prof. Tesarek, der Leiter des Jugendamtes der Stadt Wien, hielt an die jugendlichen Zuhörer eine Ansprache über das Thema "Weihnacht überall". Unter den zahlreich erschienenen Besuchern dieses Weihnachtskonzertes waren Vizebürgermeister Honay, Stadtrat Dkfm. Nathschläger und eine große Anzahl von geladenen Gästen.

Neue Winterarbeiten der Gemeinde Wien
=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Der Gemeinderatsausschuß für Bauangelegenheiten hat in seiner letzten Sitzung eine Reihe grösserer und kleinerer Instandsetzungsarbeiten genehmigt, die noch während des Winters begonnen werden. So wird die Heizanlage in der Heilanstalt am Steinhof instandgesetzt, die Ufermauer an der Schwechat ab Wienerstraßen-Brücke und der Stukkaturverputz im Amtsgebäude in der Neutorgasse erneuert. Gleichzeitig wird in Enzersfeld ein neuer Löschwasserbehälter errichtet, für die holzverarbeitenden Betriebe ist durch eine Bestellung von 2.300 Fenstern und mehr als 6.000 Türen gesorgt.

Rinderhauptmarkt vom 18. Dezember
=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Unverkauft von der Vorwoche waren: 16 Ochsen, 10 Stiere, 95 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 123. Neuauftrieb aus dem Inland: 292 Ochsen, 121 Stiere, 590 Kühe, 67 Kalbinnen, Summe 1.070. Gesamtauftrieb: 308 Ochsen, 131 Stiere, 685 Kühe, 69 Kalbinnen, Summe 1.193. Unverkauft blieben: 21 Ochsen, 6 Stiere, 13 Kühe, Summe 40. Verkauft wurden also: 287 Ochsen, 125 Stiere, 672 Kühe, 69 Kalbinnen, Summe 1.153.

Preise: Ochsen 4.70 bis 7.30 (6.-) S, Stiere 6.- bis 7.80 (7.- bis 7.20) S, Kühe 4.80 bis 6.20 (5.80) S, Kalbinnen 5.80 bis 7.10 S (6.50 bis 6.80) S, Beinvieh 4.- bis 5.- (4.40 bis 4,70) S, Extrempreise: 9 Kühe 6.30 bis 6.60 S, 5 Kalbinnen 7.20 bis 7.30 S.

Bei lebhaftem Marktverkehr verbilligten sich sämtliche Qualitäten bis zu 30 Groschen.

Kälbermarkt
=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Auftrieb: 22 Stück. Verkauft 22. Preise: Extrem hoch 9.- bis 9.50 S, I. Qualität 8.20 bis 8.60 S, Extrem niedrig 4.- S.

Wienerbergbrücke wieder für den Verkehr freigegeben
=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Die Wiederaufbauarbeiten an der im Krieg vollkommen zerstörten Wienerbergbrücke sind so weit fortgeschritten, daß die Brücke dem Verkehr übergeben werden kann. Diese Brücke, die im Zuge der Wienerbergstraße der wichtigste Verbindungsweg zwischen Favoriten und Meidling ist, wird morgen eröffnet.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge
=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, sind die Kinder, die am 8. November von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim Hohe Warte gebracht wurden, am Dienstag, den 19. Dezember, um 9 Uhr, von den Eltern in Wien 19., Hohe Warte 46, pünktlich abzuholen.

Die Wiener Symphoniker beim Bürgermeister
=====

18. Dezember (Rath.Korr.) Aus Anlaß des 50jährigen Bestandes der Wiener Symphoniker hat Bürgermeister Dr. h. c. Körner heute abend in Anwesenheit der beiden Vizebürgermeister Honay und Weinberger und der Mitglieder des Stadtsenates die Wiener Symphoniker zu einem Empfang ins Rathaus eingeladen. Mit den Künstlern kamen Vertreter des Unterrichtsministeriums, der Musikergewerkschaft und viele prominente Persönlichkeiten des Wiener Musiklebens, unter ihnen Staatsoperndirektor Prof. Salmhofer.

Der Ehrenvorstand der Wiener Symphoniker Ernst Dörfler begrüßte die Vertreter der Stadt, dankte ihnen für die erwiesene Ehrung und gedachte dann in einer Ansprache der verstorbenen Orchestermitglieder. Der Vorstand des Orchesters verteilte dann an Mitglieder, die länger als 25 Jahre dem Kreis der

Symphoniker angehören, goldene Bruckner-Ringe. Unter lautem Beifall aller Anwesenden wurde ein Bruckner-Ring auch dem Bürgermeister in Anerkennung seiner Verdienste um das Orchester übergeben.

Der Bürgermeister dankte für diese Auszeichnung und verwies auf die hervorragende Rolle, die den Wiener Symphonikern im Kulturleben unserer Stadt zukommt. Im Laufe der 50 Jahre haben sie durch Vermittlung ihrer Kunst den Wienern viel Freude gespendet, wofür alle ihnen Dankbarkeit schuldig sind.

Abschließend richtete Stadtrat Mandl an die versammelten Künstler einige Worte. Er teilte mit, daß der Bundespräsident dem Direktor des Konservatoriums der Stadt Wien Lustig-Prean heute den Titel eines Regierungsrates verliehen hat, wozu ihm Stadtrat Mandl unter lautem Beifall aller Anwesenden gratulierte.

Den musikalischen Teil des Empfanges im Rathaus besorgte ein Waldhornquartett der Wiener Symphoniker.

Fortsetzung der Budget-DebatteDer Debatteredner der SPÖ

GR. Sigmund (SPÖ) hält einen Rückblick auf die Zeit vor 27 Jahren, also fünf Jahre nach dem 1. Weltkrieg. Am 18. Dezember 1923 nahm in diesem Saal die Budgetberatung über das Problem des Wiederaufbaues der Stadt Wien nach einem furchtbaren Völkerringen ihren Anfang. Damals stand die Wiener Gemeindeverwaltung genau so vor dem Problem, eine zerstörte, verarmte Stadt aus der Not der Zeit herauszuführen, um eine bessere Epoche für die Wiener Bevölkerung einzuleiten. Damals waren jedoch wesentlich andere Voraussetzungen. Hat der Krieg zwischen 1914 und 1918 die Wiener Bevölkerung verarmt, so hat der Krieg zwischen 1938 und 1945 die Wiener Bevölkerung nicht nur arm gemacht; die Wunden dieser Stadt sind tausendfältig größer. Damals hatte die Gemeindeverwaltung die Möglichkeit, nach österreichischen Gesetzen und mit österreichischen Mitteln diesen Wiederaufbau einzuleiten. Heute jedoch, fünf Jahre nach Beendigung des Krieges, ist Österreich noch immer nicht frei, ist die Stadt besetzt und wir können unsere Gesetze nur dann beschließen, wenn ausländische Besatzungsmächte ihre Zustimmung dazu geben. Wenn man gemeint hat, die Menschen hätten aus den schrecklichen Erfahrungen der diktatorischen Flut zwischen 1934 und 1945 gelernt, mußte man inzwischen traurige Erfahrungen machen. Alles was menschliches Sinnen herausfinden kann, um den Wiederaufbau zu verhindern und zu stören, die Menschen zu entrechten und sie zur Verzweiflung zu bringen, wurde von der Partei angewandt, deren Sprecher Demokratie und demokratische Verhandlungen verlangt hat. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen spricht GR. Sigmund über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Koalitionsparteien. In Notzeiten haben die Interessen der Parteien zurückzutreten, um dem großen Ganzen zu dienen.

Wie verschieden die Verhältnisse zwischen 1923 und 1950 sind, zeigt die Tatsache, daß wir seit 1923 den Kampf um eine Volkswohlfahrt, statt der Krankenfürsorge führen, daß die Bestrebungen darauf gerichtet sind, statt dem Armenhaus die Altersversicherung zu erreichen, daß statt der Hausherrnrente

der soziale Wohnhausbau durchgesetzt wurde und daß statt einer Arbeitslosenuntersützung die Vollbeschäftigung zu deren Verminderung führen soll. (Beifall bei der SPÖ)

Wir können feststellen, betont GR.Sigmund, daß die Wasserleitungen, die Gasleitungen und die Kanalisation zum übergroßen Teil bereits wieder instandgesetzt sind. Wir können also mit den für den Straßenbau vorgesehen 50 Millionen zufrieden sein.

Auf dem Gebiete des Wohnungsbaues können wir hoffnungsfroh auf das nächste Jahr sehen, weil aus öffentlichen Mitteln eine Milliarde für die Beschaffung von Wohnraum und zur Behebung der Wohnungsnot zur Verfügung steht. Es ist dies ein Verdienst der Sozialistischen Partei. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.- Widerspruch bei der Volkspartei.)

Auf einen Zwischenruf des GR.Mühlhauser antwortend, erklärt der Redner unter dem lebhaften Beifall der Sozialisten, daß selbstverständlich in den Auffassungen der SPÖ und ÖVP Unterschiede bestehen müssen, da aus dieser Notgemeinschaft nie eine Gedankengemeinschaft werde. In einer Notzeit Gedanken und Absichten zurückzustellen, heiße nicht, sie endgültig preisgeben zu müssen.

Mit Befriedigung könne man feststellen, daß heute der Ausbau der österreichischen Wasserkräfte nicht mehr eine Angelegenheit weniger Kapitalistengruppen oder der Stadt Wien sei, sondern eine Angelegenheit der ganzen österreichischen Bevölkerung.

Es müsse zurückgewiesen werden, wenn ein Wortführer der **ÖVP** in einem Artikel über das Wiener Budget schreibt, daß trotz eines Aufwandes von 2 Milliarden keine Mittel für den Bau einer U-Bahn, den Ausbau des Hafens oder sonstige große Projekte zur Verfügung stehen. Ein verantwortungsvoller Funktionär müsse Mögliches von Unmöglichem unterscheiden können. In einer Zeit, wo wir noch immer zehntausende Wohnungslose haben, deren Unterbringung unsere Hauptsorge sein muß, darf man nicht den Bau einer Untergrundbahn befürworten! Mit dem Problem des Wiener Hafens beschäftige sich die Wiener Gemeindeverwaltung schon seit 1923, und seit 1945 werde im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten an der Fortführung dieses Projektes gearbeitet. Daß die Donau heute ein toter Strom sei, gehe auf ein Konto, das der österreichischen Gesetzgebung entzogen ist.

Das Budget 1950 stehe in seiner Größe und Bedeutung den Voranschlägen vor 1934 in nichts nach. Es beginnt mit ihm die Erfüllung der vor den Oktoberwahlen gegebenen Versprechungen. Die 5.000 Wohnungen, die man so ironisierte und kritisierte, werden nach Ablauf der vorgesehenen Zeit genau so Zeugnis ablegen, wie die 65.000 Wohnungen, die die sozialistische Verwaltung vor dem Jahre 1934 gebaut hat. (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Die Sozialisten werden sich auch bemühen, die Forderungen nach einer Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft in den landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetrieben zu erfüllen. In der Frage, wer bauen solle, bestehen zwischen der ÖVP und SPÖ grundsätzlich verschiedene Auffassungen. Die Sozialisten glauben, daß die öffentliche Hand überall dort eingreifen muß, wo die Verhältnisse vom Einzelnen nicht gemeistert werden können.

Der Redner wendet sich gegen den Vorwurf der Kommunisten, daß die Sozialistische Partei den Gedanken des sozialen Wohnhausbaues verraten habe. Er hält den Vertretern des Linksblockes vor, daß auch in Budapest Eigentumswohnungen gebaut werden. Die Sozialisten haben aber dem Wohnungseigentum in Österreich deswegen zugestimmt, weil sie der Ansicht sind, man müsse alle Mittel heranziehen, um mehr Wohnraum zu schaffen.

Als Beispiel dafür, wie die Kommunisten die österreichischen Gesetze brechen und sich unter dem Schutz der Besatzungsmacht Vorteile sichern, führte GR. Sigmund eine Nachricht an, die er heute vormittag erhalten hatte: Im Bezirk Liesing soll ein Gemeindebau belegt werden. Das Wohnungsamt nimmt die Einweisungen vor. Ein ausgebombter Arbeiter eines bestimmten Betriebes bekommt eine Einweisung. Darauf läßt der Personalchef jenes Betriebes den Mann rufen und gibt ihm folgenden Auftrag: Sie begeben sich jetzt auf die Stelle, die die Wohnungszuweisungen durchführt und verlangen, daß zwei hier namhaft gemachte Arbeiter in diesen Wohnbau eingewiesen werden. Geschieht das nicht, werde ich alle sozialistischen Arbeiter dieses Betriebes entlassen. (GR. Altmann: Name des Betriebes und Name des Mannes, der das gesagt haben soll! - Erregte Zwischenrufe. -

Der Vorsitzende, GR.Mazur, ersucht die Abgeordneten, die Würde des Hauses zu wahren.) GR.Sigmund nennt hierauf die Danubia-Öl und teilt mit, daß sich der Betrieb in Siebenhirten befindet. Nachdem es dort nur einen Personalchef gibt, wird der Mann leicht festzustellen sein.

Als GR.Lauscher hierauf den Zwischenruf macht: "Was haben wir damit zu tun?", bricht das ganze Haus in lautes Lachen aus. GR.Marek ruft: Lauscher im weißen Kleid! Kein Engel ist so rein! (Erneutes Gelächter)

GR.Sigmund fährt hierauf in seiner Rede fort und nimmt gegen die Ausführungen von GR.Lauscher Stellung, der die führenden österreichischen Politiker beschuldigte, sich den amerikanischen imperialistischen Tendenzen anzuschließen. Dies erinnere ihn an die kleine Anekdote, in der ein kleiner Bub auf der Straße steht und weint. Ein großer starker Mann kommt vorbei und fragt ihn warum er weint. Daraufhin sagt der Bub: Ich habe zwei Schilling gehabt und einer hat mir einen Schilling weggenommen. Warum hast du nicht geschrien, fragt der Mann. Das habe ich getan, sagt der Bub, aber es hat mich niemand gehört. Darauf fragt der Mann wieder: Kannst du nicht lauter schreien? und als der Bub "Nein" antwortet, nimmt er ihm auch noch den zweiten Schilling weg. So ist es auch Österreich gegangen. Wir haben ständig um Hilfe gerufen, aber was aus Österreich wegzutragen war, das hat uns ein großer starker Mann weggetragen. Ich glaube aber nicht, sagte GR.Sigmund unter dem Beifall seiner Fraktionskollegen, daß uns ein imperialistischer Amerikaner den zweiten Schilling weggetragen hat.

Zu den Ausführungen von Gr.Dr.Prutscher bemerkte der Redner, daß er ihm zustimme. Man müsse sorgfältig abwägen, wie weit man auch der Privatwirtschaft Mittel für die öffentliche Betätigung entnehmen könne. Aber solange es in Wien zehntausend Wohnungslose gibt und Zehntausende, die der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen, kann der Begriff menschlicher Freiheit nicht in dem Maße angewendet werden, wie wir es in normalen Zeiten absolut tun würden. Er gab der Meinung Ausdruck, daß vorerst die Not beseitigt werden müsse.

In diesem Zusammenhang beschäftigt sich der Redner mit der Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Parteien und wendet sich dagegen, daß ein so hoher Funktionär wie Vizebürgermeister/^{Weinberger}anlässlich der Wahlen für die Personalvertretung diese Zusammenarbeit durch seine Artikel gefährdet. Er zitiert folgendes: "Ganz wie einmal schon und ganz wie jetzt wieder in Osten und in den Volkdemokratien nur eine einzige Liste, also keine Wahl, Musik, Fahnen und geschlossen für den Führer, - Pardon, für den Herrn Bürgermeister." Da sollte doch die Zeit vorüber sein, betonte GR. Sigmund, in der man in einer solchen Art von unserem Bürgermeister schreibt und spricht. Seine Arbeit, sein Fleiß und sein Opfermut haben ihn seit 1945 weit über das Niveau unseres Parteistreites erhoben. (Langanhaltender, demonstrativer Beifall bei den Sozialisten.) Unsere gemeinsame Arbeit in der Öffentlichkeit hat die Voraussetzung des Vertrauens und des gemeinsamen guten Willens. (Vizebürgermeister Weinberger: Kennen Sie die Ursachen dieses Artikels?)

Die Schwierigkeiten des Wiederaufbaues verlangen von uns, daß wir der Wiener Bevölkerung harte Opfer auferlegen. Wenn diese Bevölkerung nicht das Gefühl hat, daß hier Menschen am Werk sind, deren Lebensaufgabe mit der Besserung der Verhältnisse und mit dem Wiederaufbau eng verknüpft sind, dann können diese Menschen ja nicht an unsere Maßnahmen glauben. In diesem Zusammenhang wendet sich der Redner auch gegen jene bewußte Propaganda, die von der Kriegsmaschinerie im Westen spricht, um jene Angstpsychose herbeizuführen, die dazu dient, heute noch versteckte Absichten zu verwirklichen. Er vertritt die Meinung, daß Österreich den Weg des Wiederaufbaues und der Besserung unserer Lebensverhältnisse nur dann fortsetzen könne, wenn man sich von der großen Politik nicht allzu sehr beeinflussen lasse. Deshalb sollte man sich auch bei der gemeinsamen Arbeit die gegenseitige Achtung nicht versagen. (GR. Schwaiger: Das sagen Sie vor allem der sozialistischen Jugend!)

GR. Sigmund zitiert darauf wiederum einen Artikel von Vizebürgermeister Weinberger, in dem es u. a. heißt: "Daß es trotz dieses Terrors gelungen ist, in sehr vielen Bausprengeln eine Liste des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes aufzustellen, ist ein Zeugnis der Tapferkeit, der Treue und der Entschlossenheit aufrechter Männer und Frauen!". Später heißt es dann, daß es heute noch einer fast heldischen Gesinnung bedarf, um sich zur ÖVP zu bekennen. (Vizebürgermeister Weinberger: Das stimmt leider!)

Der Redner betonte, daß dies jedoch nicht entscheidend sei, sondern vielmehr die Tatsache, daß bei der Wahl die überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten der Sozialistischen Partei ihr Vertrauen gegeben hat. (Stadtrat Dkfm. Nathschläger: Der Wahrheitsbeweis für die sozialistische Personalpolitik!)

Abschließend wendet sich der Redner gegen den Vorwurf, daß das gegenwärtige Budget keine großen Projekte vorsieht. Er hält dem entgegen, daß in einem Jahr 5.000 Wohnungen gebaut werden sollen, daß, um die Wassernot abzuwenden, ein Speicher von 500.000 Kubikmeter Inhalt gebaut wird, der so viel Fassungsraum hat, wie alle derzeit bestehenden Wasserbehälter, u. a.

Zum Abschluß seiner Ausführungen gab der Redner namens seiner Partei die Zustimmung zu dem Budget. (Lang anhaltender Beifall bei den Sozialisten.)

Das Schlußwort des Finanzreferenten

Stadtrat Resch erklärt in seinem Schlußwort, daß ihm bereits GR. Sigmund einen großen Teil der Erwiderungen vorweggenommen habe und dankt ihm dafür. Mit der "Vorlesung" des GR. Lauscher möchte er sich nicht lange befassen, da sie ja nicht zum Budget gehörte. Er hätte gerne gewünscht, daß GR. Lauscher nicht nur die Rüstungskonjunktur in Österreich ablehnt, sondern das, was ihr vorausgeht, nämlich die Rüstungen im Osten und in den Volkdemokratien, die der Beginn dieser Konjunktur waren.

Stadtrat Resch wandte sich sodann den weiteren Behauptungen GR.Lauschers zu und zwar, daß Wien seit 1949 ununterbrochen Steuern erhöht habe. Er fordert ihn auf, eine Steuer zu nennen, die seit 1949 erhöht wurde, außer den heute im Landtag beschlossenen Erhöhungen. Zu der Feststellung, daß in der Wohlfahrtspflege und im Gesundheitsdienst überhaupt kein Ausbau vorgesehen sei, stellt er fest, daß der Anteil im Budget 1951 der Geschäftsgruppe IV und V ohne den Personal- und Sachaufwand 29 Prozent des Budgets ausmacht, gegenüber 27 Prozent des Jahres 1950. Zu den Anschuldigungen, daß im kommenden Jahr die versprochenen 5.000 Gemeindewohnungen nicht gebaut werden, entgegnet Stadtrat Resch, daß diese Wohnungen, wenn sich nicht durch Material- oder Arbeitermangel Verzögerungen ergeben, gebaut werden. Zu der kritisierten Erhöhung der Betriebskosten und Waschküchengebühren in den Gemeindewohnungen möchte er GR.Lauscher fragen, wer denn diese Betriebskosten bezahlen soll? Ob sie vielleicht der Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten angelastet werden sollen, die nicht in städtischen Häusern wohnen oder ob diese Gebühren, wie in allen anderen Häusern, nicht doch von den dortigen Bewohnern verlangt werden müßten.

Zu der von GR.Wicha vorgeschlagenen dezentralen Auflage des Budgets in den Bezirksämtern erklärte Stadtrat Resch, daß er diesen Vorschlag begrüßen und für seine Verwirklichung eintreten würde, wenn es nicht einen Umstand gäbe, der seine Durchführung unmöglich macht. Dies ist die Tatsache, daß alle die Menschen, die kommen und Einsicht nehmen wollen, dies allein nicht können und dazu in jedem Bezirksamt ein oder zwei mit dem gesamten Budget vertraute Beamte notwendig wären. Wenn GR.Wicha gemeint hat, die Nettodarstellung würde nunmehr in aller Zukunft den Vergleich der Voranschläge erschweren, so könne diese Erschwerung nur im heurigen Jahr beim Vergleich mit dem Voranschlag 1950 auftreten. Die von ihm verlangte Vermögensaufstellung ist bereits im Gange. Durch die großen Verluste seit 1945 durch Feuer, Verschleppung usw., mußte ein vollkommen neues Inventar und eine neue Vermögensaufstellung gemacht werden. Diese wird jedoch in den ersten Monaten des kommenden Jahres vorgelegt werden.

Zu den Beanstandungen, daß die Wertabschreibungen höher geworden sind, als sie in den Vorjahren waren, erklärt Stadtrat Resch, daß die Wertabschreibungen ihre Grundlage in den Neuanschaffungen haben, sodaß sie jetzt durch die höheren Investitionen naturgemäß von Jahr zu Jahr steigen müssen. Wenn Gemeinderat Wicha meinte, daß nicht das vollbeschäftigte, sondern das vollbezahlte Personal ausgewiesen ist, so ist zu sagen, daß das als vollbeschäftigt ausgewiesene Personal natürlich voll bezahlt und nur das Personal, das nicht als vollbeschäftigt ausgewiesen ist, nur der Leistung entsprechend honoriert wird.

Es sei gewiß wichtig, dem einzelnen zu helfen, der in der Lage sei, selbst etwas zur Linderung ihrer Wohnungsnot beizusteuern; mindestens ebenso wichtig sei es aber, den zahlreichen Menschen zu helfen, die nicht in der Lage sind, aus eigenem zur Behebung ihrer Not etwas beizutragen.

Der Referent sehe keine Möglichkeiten, die betriebsmäßige Verrechnung auf weitere Verwaltungszweige auszudehnen.

Die Schillingeröffnungsbilanz werde nur jenen Betrieben eventuell einen Vorteil bringen, die Buch führen. Der kleine Gewerbetreibende werde keinen Vorteil haben, da ihm seine Steuer vorgeschrieben wird. Die von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft geforderte Erhöhung der Freigrenzen bedeute für die Gemeinde Wien einen Verlust von nicht weniger als 43 Millionen Schilling.

Zu der angeschnittenen Frage des Weinverkaufes durch Betriebsorganisationen oder Betriebsräte stellt der Referent fest, daß in jenen Fällen, wo bei der Abgabe an die Betriebsmitglieder kein Gewinn, sondern nur die Spesen berechnet werden, keine Getränkesteuerpflicht bestehe.

Die Liquidation der Rechnungen in den Stadtkassen und Rechnungsamtern erfordere höchstens acht Tage. Die Ursachen für die Verzögerung liegen in der Arbeitsüberhäufung der Bauämter, die die Rechnungen zu überprüfen haben.

Es entspreche nicht den Tatsachen, daß das Finanzressort und das Personalressort die Verwaltungsvereinfachung behindern. Auch eine Dezentralisation der Verwaltung liege nicht im Interesse der Verwaltungsreform, denn normalerweise wird eine zentrale Verwaltungsform billiger geführt werden können als eine dezentralisierte.

Wenn die Finanzverwaltung das Recht in Anspruch nimmt, andere Stellen zu prüfen und zu kontrollieren, dann tut sie das aus ihrer Verantwortung für die Finanzen dieser Stadt und sie kann auf dieses Recht nicht verzichten.

Auch der beliebten "Walze" der mangelnden Unterstützung und Förderung der Kultur müsse entgegengetreten werden. Selbstverständlich hänge der Fremdenverkehr von den kulturellen Einrichtungen ab. Fremdenverkehrsförderung sei aber nicht allein Aufgabe der Gemeinden, sondern auch des Bundes. Bei einem Vergleich mit dem Jahre 1934 zeige sich, daß die Aufwendungen für Kultur im kommenden Jahr gegenüber 1932 das Neuneinhalbfache, gegenüber 1933 das Zwölffache und gegenüber 1934 das Zehneinhalbfache betragen. Auch auf diesem Gebiete habe also die Gemeinde ihre Pflicht voll erfüllt. Die Kultur beginne nicht bei den Angelegenheiten der Verwaltungsgruppe III, sondern schon dort, wo gesorgt wird, daß die Menschen anständig wohnen und sich anständig kleiden können. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.) Zur Kultur gehören die sozialen Einrichtungen, die Einrichtungen der Gesundheitspflege, aber auch die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung dieser Stadt.

Man möge endlich mit der falschen Behauptung aufhören, daß Mittel der Gemeinde Wien für die Kiba aufgewendet werden. Es sei der Kiba nur ein Betriebskredit zur Führung ihres Betriebes zugestanden worden, weil der Kapitalstand der Kiba im Hinblick auf die heutigen Umsätze des vergrößerten Betriebes einfach nicht mehr ausreichend war. Durch den verzinnten Betriebskredit sichert sich die Gemeindeverwaltung schon im vorhinein ihren Anteil an dem Ertrag der Kiba.

Die Unterstützung der Pabst-Kiba Ges.m.b.H. sei seinerzeit erfolgt, um die Filmwirtschaft in Österreich anzukurbeln, leider sei dieser Versuch mißglückt. Obwohl der damals berühmteste Deutsche auf diesem Gebiet herangezogen wurde, kam kein Film zustande, der geschäftlich voll ausgewertet werden konnte.

Bei dem Problem der Schaffung von Krebsuntersuchungs-

stellen handle es sich um eine medizinische Streitfrage, die noch nicht endgültig geklärt sei. Die Schaffung solcher Stellen sei nur geeignet, die Angst der Menschen vor dieser Krankheit zu vergrößern. In Wahrheit sei die Zahl der Krebserkrankungen nicht größer geworden, es werden vielmehr die Menschen älter, und es steht deshalb heute eine höhere Krebsziffer in den Todesstatistiken, weil man heute besser beurteilen kann, wann Krebs vorlag. Das letzte Wort werde aber der Landessanitätsrat von Wien zu sprechen haben.

Die Zusage des Referenten auf Kreditgewährung an den genossenschaftlichen Siedlungsbau habe sich **nur** auf gemeinnützige Siedlungsgenossenschaften bezogen. Seit zwei Jahren wurde diesen Genossenschaften eine Unterstützung zugesagt. Es wurden aber von ihnen bisher noch keine baureifen Pläne vorgelegt, vor allem konnte kein Nachweis eines entsprechenden Kapitalaufkommens erbracht werden.

Wenn für den Linzer Hafen 10 Millionen ausgeworfen werden, liegt das daran, daß dieser Hafen einen regen Verkehr aufzuweisen hat, der Wiener hingegen nicht. Außerdem handle es sich hier nicht um ein Problem der Gemeinde, sondern auch des Bundes und der gewerblichen Körperschaften. Der Bund aber habe für diesen Zweck für 1951 nur 1 Million ausgeworfen.

Der GR.Dr.Soswinski habe sich einen so beleidigenden Ton angemaßt, daß es einem Referenten schwierig sei, darauf zu erwidern. Er verzichte daher darauf, auf all das zu antworten, was GR.Dr.Soswinski nicht in anständiger Form vorgebracht habe.

(Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Die Gemeinde Wien habe ihre Finanzhoheit nicht verraten. Genau das Gegenteil sei der Fall. Die Finanzhoheit der Gemeinden seit 1934 sei nicht kleiner, sondern größer geworden. Keine einzige der Steuern, die bis 1934 Gemeinde- oder Landesabgabe waren, sind seither diesen Körperschaften verloren gegangen.

Auch der Vorwurf müsse zurückgewiesen werden, daß mit den 330 Millionen für den Wohnbau im kommenden Jahr weniger gebaut werden könnte als mit den 297 Millionen für 1950.

Während die Baukosten im Jahre 1949 bei 75.000 S pro Wohnung lagen, werden sie durch die Rationalisierung des Bauwesens und die höhere Produktivität, vor allem **auch** der Bauarbeiter, denen man dafür nicht dankbar genug sein könnte, im kommenden Jahr pro Wohnungseinheit unter 60.000 S gesenkt werden können.

Es sei auch die Behauptung falsch, daß die Gemeinde bei der Gewerbesteuer eine stille Reserve anlegen wolle. Im Durchschnitt der Bundesländer sei die Gewerbesteuer gestiegen. In Wien steige sie aber längst nicht in demselben Umfange wie in den Ländern.

Amtstaxen, betont Stadtrat Resch, sind Leistungsgebühren. Es ist daher selbstverständlich, daß vom Leistungsempfänger die vollen Kosten verlangt werden, wenn eine Amtshandlung vorzunehmen ist. Die Verwaltungsabgaben seien nur ein Ersatz für die früher bestandene Konzessionsabgabe, und sie liegen im wesentlichen nicht höher als die damaligen Konzessionsabgaben.

Daß wir den Mietern Geld "abknöpfen" ist bei einem Abgang von 24 Millionen Schilling wohl kaum zu behaupten. Bei den Wassergebühren wurde derselbe unsachliche Vorwurf gemacht. Dort beträgt der Abgang 24 Millionen, durch die heute beschlossene Regelung werden 8 Millionen hereingebracht, so bleiben noch immer 16 Millionen.

Zum Schluß wiederholte Stadtrat Resch, daß hier ein Budget vorgelegt wurde, das in dem Ausmaßen seiner Arbeitsbeschaffung und in dem Umfang seiner sonstigen Beträge für Dinge, die im Interesse der Bevölkerung gemacht werden, beweist, daß die Stadt Wien auch im nächsten Jahr die Arbeiter und Angestellten möglichst voll beschäftigen will um damit die Grundlage für eine ruhige Entwicklung dieser Stadt zu schaffen. Man könne stolz sein, in so schlechten und politisch unruhigen Zeiten Leistungen herzustellen, die sich mit jeder Leistung vor 1934 messen können. Stadtrat Resch hat alle Abgeordneten, diesen Weg mit der Sozialistischen Partei weiterzugehen zum Wohl der Stadt und zum Wohl seiner Bevölkerung! (Lebhafter, langanhaltender Beifall bei Sozialisten, Volkspartei und WdU.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des II. Hauptstückes ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen.

Hierauf unterbricht um 19.20 Uhr der Bürgermeister als Vorsitzender die Verhandlungen. Die Budgetberatungen werden morgen früh mit dem Referat von Stadtrat Fritsch über das I. Hauptstück, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, fortgesetzt.